

Beschlussbuch der Ordentlichen Juso-Unterbezirkskonferenz 2016

05. März 2016

Jusos 2016: Zusammen zum Ziel.

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

Arbeitsprogramm Jusos 2016: Zusammen zum Ziel – stärkste Kraft 2016.....	4
Antragsbereich: Arbeit, Wirtschaft, Bildung	18
A1 - Für einen besseren Jugendarbeitsschutz!.....	18
A2 - Kündigungsrecht reformieren.....	20
A3 - Paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung.....	21
A4 - Einführung eines Wahlpflichtkurses (WPK) Gebärdensprache in allgemeinbildenen Schulen	22
A5 - (Teil-)Übernahme der Kosten von niedersächsischen Lehrkräften bei Klassenfahrten.....	23
Antragsbereich: Europa und Internationales.....	24
E1 - Europa muss zusammenwachsen.....	24
E2 - Antrag für die sofortige Unterbrechung der TTIP- und CETA-Verhandlungen in ihrer jetzigen Form	25
E3 – Resolution: Verurteilung des Unabhängigkeitsprozesses in Katalonien.....	27
E4 - Antrag zum Aufruf zur Unterzeichnung von ILO 169 durch den Bundestag	28
E5 - Online-Einreiseverfahren für Asylansuchenden.....	29
E6 - Antrag zur Förderung von Incoming Programmen	30
Antragsbereich: Feminismus	31
F1 – Wie wir gendern - So sehen wir unseren Feminismus im 21. Jahrhundert!	31
F2 - „Wer hat Angst im Dunklen?“ – Angsträumen entgegentreten.....	33
Antragsbereich: Kommunalpolitik	35
K1 - Kommunale Grundversorgung sichern	35
K2 - FamilienbesucherInnen als Mittel der Chancengleichheit.....	37
K3 - Kitabetreuung flexibler gestalten – Benachteiligungen aufheben!.....	38
K4 - Schutzlosigkeit beenden.....	40
K5 - Mehr Bauland für mehr Wohnraum!.....	41
K7 - Antrag zur Prüfung auf Änderung des niedersächsischen Kommunalwahlrechtes in Bezug auf das passive Wahlrecht	43
Antragsbereich: Organisation.....	44
O1 - Abhaltung einer Urwahl für das Amt der*des Parteivorsitzenden.....	44
O3 - Ortsvereine stärken – für dauerhafte Basisbeteiligung!.....	45
Antragsbereich: Sonstiges	47
S1 - „Politik geht jedeN etwas an!“ - Pimp My Participation.....	47
S2 - Demokratie darf nicht nur theoretisch existieren – Rechtspopulismus mit logischen Argumenten entgegentreten	49

S6 - Englische Beschilderung in öffentlichen Räumen	50
Antragsbereich: Umwelt und VerbraucherInnenschutz	51
U2 - Besteuerung von Plastiktüten.....	51
U3 – Dienstwagen sinnvoll besteuern – Klimaschutz von allen einfordern.....	52
U4 – VerbraucherInnen-Schutz stärken – Schriftliche Benachrichtigung vor Ablauf von Kündigungsfristen.....	53
U5 – Weltmeere erhalten – Haischutz ernst nehmen	54

Zusammen zum Ziel – stärkste Kraft 2016

Offen und vielfältig – unser Selbstverständnis

Das kommende Jahr hat einen eindeutigen Höhepunkt: die Kommunalwahlen am 11. September 2016. Aber auch in den zehn Monaten des Vorstandsjahres, in denen wir uns nicht in der heißen Wahlkampfphase befinden, wollen wir viel voranbringen. Natürlich wird ein Jahr mit Kommunalwahlen ein sehr arbeitsintensives Jahr für unseren Unterbezirk. Deshalb liegt besonders in diesem Jahr der Schlüssel zur erfolgreichen Umsetzung unseres ambitionierten Arbeitsprogramms in der Mobilisierung unseres sehr großen Unterbezirks.

Wir haben so viele aktive Juso-AGen wie schon seit langer Zeit nicht mehr. Das ist ein sehr gutes Vorzeichen. Alle diese aktiven AGen gilt es, in ihrer Arbeit zu stützen. Aber auch auf der Unterbezirksebene wollen wir alle Interessierten im Wahlkampf, in der Bündnisarbeit und in den Arbeitskreisen einbinden. Wir sind ein Mitmach-Unterbezirk und werden dies im kommenden Jahr erneut unter Beweis stellen.

Aber nicht nur die aktiven AGen und Genossinnen und Genossen unseres Verbandes gilt es einzubinden, sondern wir wollen auch neue Mitglieder gewinnen. Vor allem sollen unsere Arbeitsstrukturen niemandem die Arbeit erschweren oder gar von Juso-Engagement abschrecken. Wir sind uns bewusst, dass Frauen, Auszubildende, SchülerInnen, Menschen mit Migrationshintergrund sowie Menschen mit Handicap unter den Aktiven in unserem Unterbezirk – wie auch im gesamten Verband - unterrepräsentiert sind. Wenn es uns gelingt, diese Gruppen besser anzusprechen und einzubinden, liegt darin zum einen ein unglaubliches Potential für unsere Arbeit und zum anderen ergibt sich diese Querschnittsaufgabe aus dem politischen Anspruch an uns selbst als sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband. Dieses umfassend inklusive Verständnis liegt somit allen Aktivitäten des Unterbezirks im kommenden Jahr zu Grunde.

Wenn es uns gelingt, unsere Größe zu unserem Vorteil einzusetzen, unseren Unterbezirk zu mobilisieren und unsere Kräfte soweit zu verteilen wie möglich und soweit zu bündeln wie nötig, dann wird das ein grandioser Wahlkampf und ein sehr erfolgreiches Jahr. Dann zeigen wir gemeinsam: Ohne die Jusos Region Hannover geht es nicht – erst recht nicht 2016!

Wir und der Verband

Die Jusos Region Hannover sind der größte Unterbezirk der Welt. Das bringt uns im Bezirk Hannover und auch im Land Niedersachsen in eine ganz besondere innerverbandliche Rolle. In den vergangenen Jahren haben wir diese Rolle so verstanden, dass wir aus dieser Sonderrolle heraus den Bezirk und die Landesebene personell stärken, inhaltlich klare Akzente setzen und uns stets der Verantwortung, die mit dieser Sonderrolle einhergeht, bewusst sind. Wir treten auf allen Ebenen für starke Jusos ein, die organisatorisch schlagkräftig, personell nachhaltig und inhaltlich klar und fundiert arbeiten. An diesem Verständnis knüpfen wir an und werden es weiterverfolgen.

Um diesen hohen Zielen gerecht zu werden, wollen wir weiterhin die jeweiligen Konferenzen detailliert und verbandsöffentlich vorbesprechen und vorbereiten. Über unsere Performance auf der Bezirks- und Landeskonzferenz hinaus wird auch unser intensives Engagement im Bezirksbeirat und im Landesausschuss fortgesetzt werden.

Aber die Mitarbeit und Vernetzung mit den höheren Ebenen hört nicht bei den formalen Gremien auf. Auch auf Seminaren und anderen Veranstaltungen der Bezirks- und Landesebene findet ein wesentlicher Teil des Verbandslebens statt, an dem alle Mitglieder unseres Unterbezirks mitwirken können und sollten.

Zuletzt kommt in diesem Jahr natürlich auch für die höheren Ebenen die Herausforderung des Kommunalwahlkampfes auf uns alle zu. Um diese zu meistern, braucht es eine sinnvolle und effiziente Koordinierung von Personal, Inhalten und Material von der Juso-AG bis hoch zur Landesebene. Dazu wollen wir als Unterbezirk sehr gerne unseren Beitrag leisten, damit es auch hier heißt: Zusammen zum Ziel!

Wir und die SPD

In einem kritischen Verhältnis der SPD, unserer Mutterpartei, gegenüberzustehen, ist bei uns Jusos eine lange und bewährte Tradition. Wir wollen die sozialdemokratische Politik im Rat der Stadt Hannover wie auch in der Regionsversammlung mit eigenen jungsozialistischen Akzenten prägen. Es ist unser Anspruch als die größte progressive politische Kraft in der Region Hannover, die SPD in ihrer Arbeit zu begleiten. Wir möchten nicht nur dafür sorgen, dass der inhaltliche Kurs von uns angegeben wird - sondern wir müssen auch auf personelle Entwicklungen und Entscheidungen Einfluss nehmen. So sollen in diesem Jahr wieder Juso-VertreterInnen in die Fraktionen kooptiert werden. Des Weiteren möchten wir das Fundament dafür legen, dass

Antragsbereich: Arbeitsprogramm

erneut viele Jusos wie bei den vergangenen Parteitagern erfolgreich in die Vorstände nach Wahlen einziehen. Eine Besonderheit der Zusammenarbeit mit der SPD wird in diesem Jahr in der Organisation, Koordination und Führung des Kommunalwahlkampfes liegen. Wir können unsere Interessen und Forderungen nur durchsetzen, wenn wir eine starke Mutterpartei in den kommunalen Parlamenten haben. Deshalb werden wir vor allem die Zusammenarbeit mit der Parteispitze intensivieren und den regelmäßigen Austausch suchen (müssen). So kann es in der Wahlkampfzeit dazu kommen, dass wir nur noch gemäßigt als der "Stachel der Partei" auftreten und agieren werden. Wir wollen gemeinsam mit allen AkteurInnen ZUSAMMEN ZUM ZIEL: Stärkste politische Kraft 2016!

10

Wahlkampf

Das Jahr 2016 steht für uns ganz im Zeichen der anstehenden Kommunalwahl. Wir wollen mit aller Kraft dazu beitragen, dass die SPD in den Bezirksräten/Ortsräten, den Stadträten/Gemeinderäten und der Regionsversammlung die stärkste Kraft wird. Dieses Ziel wollen wir durch einen engagierten Wahlkampf mit einer eigenen Wahlkampfkommission und einer eigenen Jugend-Kampagne verwirklichen. Wir werden wieder eine ErstwählerInnen-Postkarte gestalten und wollen durch kreative Aktionen einen unkonventionellen Jugendwahlkampf führen, um junge Menschen zum Wählen gehen zu animieren. Im Rahmen der Fußball-EM 2016 soll wieder ein Public Viewing in Zusammenarbeit mit den anderen Juso- und SPD-Ebenen veranstaltet werden. Die Juso-Kandidierenden werden von uns im besonderen Maße unterstützt, um den Altersdurchschnitt in den Räten spürbar zu verringern und somit jungen Menschen den Weg in die kommunalen Parlamente unserer Region zu ermöglichen. Unser Wahlkampf soll wieder durch die Kooperation mit den verschiedenen Gruppierungen (SchüliS, HSG, u. Ä.) bunter und vielfältiger werden und soll gleichzeitig eine große Bandbreite jugendpolitischer Ideen abdecken sowie Synergien bündeln. Für die geplanten Aktionen möchten wir gezielt Jusos in den AGen ansprechen, die momentan vielleicht noch nicht aktiv am Juso-Leben teilnehmen. Unseren Wahlkampfauftakt haben wir mit dem jugendpolitischen Empfang, der am 07. April 2016 gemeinsam mit unserer Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, stattfinden soll. Alle Institutionen aus dem Bereich der Jugendarbeit sind dazu eingeladen. Wir wollen mit dieser Veranstaltung einen ersten Mobilisierungseffekt innerparteilich aber auch in der Gesellschaft schaffen.

Organisation

Antragsbereich: Arbeitsprogramm

Die Kommunalwahlen sind die wichtigsten Wahlen für einen Unterbezirk. Viele Sitzungen, Aktionen und Veranstaltungen werden auf uns zukommen. Je engagierter und aktiver wir werden, umso mehr Termine werden es dann logischerweise am Ende schließlich sein. Parallel dazu finden die gewöhnlichen Vorstands- und Arbeitskreissitzungen sowie Vollversammlungen und AG-Vorsitzenden-Treffen statt. Demzufolge wird einer der größten organisatorischen Aufgaben sein, eine verständliche, übersichtliche und verlässliche Terminstruktur zu schaffen, an der sich die Mitglieder im Verband orientieren können.

Neben der Unterbezirksvorstandssitzung und Vollversammlung soll ein drittes Gremium auf UB-Ebene geschaffen werden, welches die Funktion des gegenseitigen Informierens und Austauschens erfüllen soll. Wir wollen jeden Monat ein AG-Vorsitzenden-/SprecherInnen-Treffen veranstalten. Dieses besitzt kein Beschlussrecht. Das Beschlussrecht obliegt weiterhin dem UBV und dem höchsten Gremium im UB, der Vollversammlung. Das AG-Vorsitzenden-/SprecherInnen-Treffen hat jedoch ein Vorschlagsrecht, an dem sich der UBV und/oder die VV halten kann - aber nicht muss! Gerade im Wahlkampf wollen wir dafür sorgen, dass der Informationsfluss häufiger und besser läuft. Des Weiteren ermöglicht solch ein Format eine bessere strategische Arbeitsplanung zwischen den ganzen AGen im Unterbezirk.

All die aufgezählten organisatorischen Maßnahmen zielen letztendlich auch darauf ab, die Zusammenarbeit zwischen Stadt- und Umland-AGen weiter voranzubringen.

20 **Barrierefreiheit bei Juso-Veranstaltungen**

Inklusion auf dem Papier und im Arbeitsprogramm ist geduldig. Also wollen wir als Jusos Region Hannover mit gutem Beispiel vorangehen. Ein erster und wesentlicher Schritt hin zur Inklusion ist die Barrierefreiheit. Daher wird in Zukunft ausdrücklich auf die Barrierefreiheit geachtet. Nicht nur auf bauliche Maßnahmen, sondern auch auf weiterführende Barrieren wie Fremdsprachen wird geachtet. In Einladungen wird in Zukunft der Hinweis auftauchen, dass mit dem Unterbezirk Kontakt aufgenommen werden kann, falls es Fragen zur barrierefreien Durchführung von Veranstaltungen gibt. Inklusion ist auch ein Gefühl - ein Gefühl, dass jede/r willkommen ist. Hierfür wird der Vorstand zusammen mit dem gesamten UB ein Bewusstsein für Inklusion und Barrierefreiheit schaffen.

30

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Unsere bisherige Presse- und Öffentlichkeitsarbeit möchten wir in diesem Jahr weiterhin aktiv gestalten, gezielt Schwerpunkte setzen und diese intensiv bearbeiten. Der erste wichtige Aspekt ist, dass wir die Anzahl der veröffentlichten Pressemitteilungen, die an regionale Zeitungen versendet werden, steigern möchten, sodass die Jusos Region Hannover in der Öffentlichkeit eine verstärkte Präsenz zeigen. Somit soll der bereits bestehende Kontakt zur Presse intensiviert werden. Des Weiteren planen wir, unsere Homepage, die als unser wichtigstes Organ der Öffentlichkeitsarbeit fungiert, auszubauen. Eine Aktualisierung der Vorstellung des Unterbezirksvorstandes ist zuerst vorzunehmen. Ferner soll die Homepage stärker zur Vorstellung der einzelnen Arbeitskreise (AK) dienen, sodass eine Mitarbeit in den verschiedenen Bereichen attraktiver wird und die Anzahl der beteiligten Mitglieder in den Arbeitskreisen ansteigt. Die Nennung der AK-Leitung erscheint uns hierbei als wichtige Ergänzung, um Interessierten eine direkte Kontaktmöglichkeit zu bieten. Des Weiteren ist eine Überarbeitung der Vorstellung der AGen vorgesehen. Die bisher vorhandenen Informationen zu den Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern können durch Bildmaterial aufgestockt werden. Die Arbeit in den sozialen Netzwerken bleibt neben der Homepagearbeit ebenso wichtig, um die Arbeit unseres Verbands zu präsentieren. Die Facebook-Seite hat inzwischen über 700 „Gefällt mir“-Angaben. Dies ist ein Anstieg zum vergangenen Jahr und verdeutlicht die Wichtigkeit unserer Präsenz in sozialen Netzwerken. Durch einen Anstieg der „Gefällt mir“-Angaben erreichen wir eine immer höhere Reichweite im Netz. Wir planen eine Verlinkung der Facebook-Seite auf der Homepage, um eine höhere Aktualität gewährleisten zu können. Weiterhin werden wir Twitter nutzen, da unsere Nachrichten über diese Plattform ebenfalls viel Feedback erhalten.

Mitgliederbetreuung

Ein Unterbezirk ist nur so stark wie seine Mitglieder – deshalb möchten wir uns für aktive, motivierte (Neu-)Mitglieder einsetzen.

Mithilfe von Neumitgliederabenden und Frauenabenden möchten wir jedem Jusos-Mitglied aus der Region die Möglichkeiten geben, sich weiterzubilden, die Jusos selbst und den Unterbezirk kennenzulernen.

Des Weiteren planen wir ein Sommerfest und eine Neujahresfeier, bei dem jedeR herzlich eingeladen ist.

Auch möchten wir neugegründete oder bisher nicht im Unterbezirk aktive Arbeitsgemeinschaften mehr unterstützen, indem wir als Gesamtvorstand als AnsprechpartnerInnen die neu gegründeten AGen bei ihrer Arbeit unterstützen sowie bei Fragen und Problemen weiterhelfen.

Durch die Förderung von Frauen, Menschen mit Migrationsbiographie, Schüler*innen, Auszubildenden, Studierenden, Menschen mit Handicap und ohne erhoffen wir uns eines: einen bun-

ten Unterbezirk! Allen sollen sich bei uns willkommen fühlen - unabhängig der Herkunft, des Alters, des Bildungsstandes und/oder der Sexualität.

Grundlagen sozialistischer Politik (GsP)

- 5 Als jungsozialistischer Verband ist die sozialistische Theorie als Grundlage für unsere politischen Forderungen essentiell. Daher wollen wir auch in diesem Jahr wieder mit dem AK SAW ein sozialistisches Grundlagenseminar anbieten, auf dem der Marxismus vermittelt, diskutiert und aus ihm heraus unsere Schlüsse für heutige Positionen erarbeitet werden.
- 10 Auch entstand nach dem letzten GSP-Seminar der Wunsch, sich mehr mit sozialistischer Literatur zu befassen. Hier wollen wir das Interesse daran evaluieren und gegebenenfalls einen Lesekreis im Unterbezirk etablieren.
- Für uns gilt die Prämisse, dass der Sozialismus den Feminismus bedingt. Daher werden wir bei allen unseren Veranstaltungen und Seminaren auch die feministischen Aspekte einer Thematik
- 15 beleuchten.

Bündnisarbeit

- Die Doppelstrategie sieht vor, für gesellschaftliche Veränderungen sowohl in der Partei als auch in anderen Gruppen und Zusammenhängen zu kämpfen. In diesem Sinne ist
- 20 Bündnisarbeit für uns weiterhin eine zentrale Aufgabe. Wir werden bestehende Kontakte zu den Organisationen der ArbeiterInnenbewegung und parteipolitischen Jugendorganisationen - insbesondere der Grünen Jugend und den Gewerkschaftsjugenden - weiter pflegen. Wir werden uns weiterhin in Bündnissen, etwa dem Jugendbündnis Hannover, engagieren. Zudem ist es uns wichtig, die Zusammenarbeit mit Juso- und SPD-nahen Organisationen wie den Natur-
- 25 freunden, der AWO und den Falken auszubauen. Zentrale Bündnisse und BündnispartnerInnen stellen für uns aber auch weiterhin alle diejenigen dar, mit denen wir gemeinsam gegen rechtes Gedankengut kämpfen, wie z.B. der Initiative gegen rechten Lifestyle in Hannover oder dem Bündnis zu Bad Nenndorf. Wir verstehen uns als Teil der Antifaschistischen Aktion Hannover.

- Wir haben es in den vergangenen zwei Jahren geschafft, vermehrt schon in der frühen An-
- 30 fangsphase von Aktionen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Region und Stadt Hannover mitzuwirken und mit zahlreichen autonomen linken Gruppierungen zusammenarbeiten. Diese Arbeit wollen wir weiterführen und ausbauen. Viele Jusos der Region engagieren sich in den zahlreichen Bündnissen und Vereinen, die geflüchteten und migrierten Menschen

helfen. Daher wollen wir auch unsere Bündnisarbeit mit Initiativen in diesem Bereich und MigrantInnen-Selbstorganisationen sowie deren Netzwerk vertiefen. Es ist uns auch im kommenden Jahr eine Herzensangelegenheit, uns solidarisch zu zeigen und zu helfen, wo zu helfen ist. "Refugees Welcome!" ist für uns nicht nur ein Statement, sondern auch eine Aufgabe.

5

Arbeitskreis Bildung

Der Arbeitskreis Bildung soll im Jahr 2016/2017 zu einem festen und unabdingbaren Bestandteil des Juso-Unterbezirks Region Hannover aufsteigen. Hierzu sollen regelmäßig Sitzungen zu einem festen, monatlichen Termin stattfinden.

10 Primär soll hierbei die Etablierung von Schüli-Strukturen sein, wobei der AK Bildung für junge Neumitglieder, insbesondere für SchülerInnen und Auszubildende einen Einstieg in die inhaltliche Arbeit im Juso-Unterbezirk Region Hannover bieten soll, um auch mit erfahrenen, bildungspolitisch interessierten Mitgliedern zusammenzuarbeiten und somit einen Wissens- und Erfahrungsaustausch zu bewirken.

15 Des Weiteren wird eine fundierte Auseinandersetzung mit dem Thema Bildung im Zusammenhang der jungsozialistischen Wertvorstellungen und Ansprüche angestrebt. Hierbei ist wichtig festzuhalten, dass Bildung für uns nicht nur in Institutionen stattfindet, sondern ein gesellschaftlicher und vor allem lebenslanger Prozess eines jeden Individuums darstellt. Diesbezüglich sollen nicht nur aktuelle bildungspolitische Themen aufgearbeitet und bewertet werden, sondern es ist ebenso wünschenswert über Visionen einer „perfekten“ Bildung zu philosophieren.

20 Im Interesse einer umfassenden Auseinandersetzung mit dem Thema Bildung in all seinen Facetten, wird eine Thematisierung verschiedenster Aspekte wie zum Beispiel Inklusion an Bildungseinrichtungen oder Genderdiversity und sexuelle Orientierung als Unterrichtsthema angestrebt.

25 In diesem Rahmen sind Kooperationen mit anderen Arbeitskreisen vorstellbar.

Überdies soll eine Vernetzung mit den bildungspolitischen AkteurInnen der Region Hannover beispielsweise unter Zusammenarbeit mit der Juso Hochschulgruppe Hannover, der Arbeitsgemeinschaft für Bildung der SPD und den Ebenen der Juso Schülis erzielt werden.

30 Auch mit dem (Stadt-, Regions- sowie) LandeschülerInnenrat wollen wir in Kontakt treten, um verschiedene Themen zu diskutieren.

Durch solche Kooperationen kann eine Grundlage für zukünftige Projekte wie Seminare, Podiumsdiskussionen und weitere Veranstaltungen in der Region Hannover zum Thema Bildung geschaffen werden.

5 **Arbeitskreis Feminismus**

Feminismus ist einer der drei Grundsätze unseres Verbandes. Die Vermittlung dieses Grundsatzes und seiner theoretischen Grundlagen sind somit für die Jusos insgesamt und natürlich auch für uns im Unterbezirk besonders wichtig. Aber Feminismus ist für uns nicht nur graue Theorie. Vorbehalte gegen Frauenquoten, männlich dominantes Redeverhalten, Alltagssexismus und viele andere Phänomene sind die Herausforderungen, denen wir uns jeden Tag aufs Neue stellen müssen, um für eine geschlechtergerechte und menschliche Gesellschaft zu streiten und diese zu erkämpfen. Als AK Feminismus stellen wir uns diesen Herausforderungen. Wir wollen uns auf unseren Sitzungen und Veranstaltungen mit diesen Themen beschäftigen und dabei gesellschaftliche Missstände thematisieren und ihre Lösungen diskutieren. Auch die Betreuung, Stärkung und Vernetzung der weiblichen Mitglieder unseres Verbandes liegt uns ganz besonders am Herzen.

Das Thema Genderfluid wird uns im kommenden Jahr im Arbeitskreis beschäftigen und damit inhaltlich an das zurückliegende Feminismus-Seminar des Unterbezirks anknüpfen.

Konkrete Dinge die wir bisher planen: Mit dem Thema Sexismus und dessen Folgen im Alltag aber auch in Strukturen wollen wir uns näher beschäftigen. Wir wollen uns über Missstände in der Gesellschaft aber auch im Verband und der Partei austauschen und konkrete Forderungen für uns formulieren. Hierzu möchten wir ein Anti-Sexismus-Training organisieren, das zum einen beleuchtet soll, was Sexismus ist, wie man sich dagegen wehren kann, aber auch wie man sich selbst richtig verhält oder auch andere darauf hinweist. Außerdem wollen wir thematisch etwas zu dem Problem Gewalt gegen Frauen machen und im Rahmen dessen auch anbieten an einem Selbstverteidigungskurs für Frauen teilzunehmen. Um unser Ziel der besseren Vernetzung von Frauen näher zu kommen, möchten wir einen Vernetzungsbrunch organisieren und darüber hinaus auch unseren Beitrag zu Frauenvernetzungstreffen auf höheren Ebenen leisten. Ein intensiver Kontakt auch zu Juso-Frauen aus anderen Unterbezirken ist uns dabei sehr wichtig. Wir möchten mit unserer Arbeit explizit nicht nur Frauen ansprechen, sondern auch alle Männer im Verband. Natürlich kann es aber Treffen ausschließlich für Frauen geben. Neben unseren eigenen Veranstaltungen und Sitzungen möchten wir auch an Ereignissen wie dem 8. März und dem Equal-Pay-Day unseren Beitrag zur öffentlichen Wahrnehmung der Aktionen an diesen Tagen leisten. Die AsF im Unterbezirk Region Hannover ist für uns als AK, aber

auch für den Juso-Unterbezirk insgesamt, eine wertvolle Bündnispartnerin. Das gute Verhältnis zu ihr wollen wir pflegen und ausbauen. An dem Bündnis "Vielfalt statt Einfach" sind wir bereits beteiligt und wollen es auch weiterhin unterstützen. Dieses Bündnis engagiert sich vor allem gegen die Proteste um die Pläne der niedersächsischen Landesregierung, die Vielfalt von sexueller Orientierung und Geschlecht, Familien- und Rollenbildern als Querschnittsthema in Bildungseinrichtungen zu verankern. Diese und das Erreichen weiterer Forderungen zur Gleichberechtigung von LGBTIQ (LGBTIQ steht für Lesben, Gay, Bisexual, Transgender, Intersex, Queer) in allen Lebensbereichen soll ebenfalls Thema unseres AKs sein. Im Rahmen dessen werden wir - wie in den vergangenen Jahren ebenfalls - am Christopher Street Day teilnehmen und dort unsere GenossInnen von den Schwusos auf ihrem Truck unterstützen und gemeinsam mit allen TeilnehmerInnen für die Rechte und gegen die Diskriminierung von LGBTIQ demonstrieren.

Arbeitskreis Inneres

Das vergangene Jahr wurde innenpolitisch durch die Zuwanderung von Geflüchteten geprägt. Unsere Aufgabe als Arbeitskreis Inneres sehen wir in diesem Jahr stark in der gemeinsamen Arbeit mit Flüchtlingsunterkünften und dem Kampf gegen rechte Parolen, Intoleranz gegenüber Schutzsuchenden und der Aufklärung über Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Region Hannover sich weiterhin zum multikulturellen Gedanken bekennt und sich solidarisch mit den Geflüchteten zeigt. Wir Jusos werden Widerstand gegen Demonstrationen rechter Gruppierungen leisten und ihnen zeigen: Die Region Hannover steht für bunte Vielfalt, das ist gut so und wird auch genau so bleiben!

Wir heißen unsere neuen Nachbarn herzlich willkommen: Solidarität mit Geflüchteten

Vermeehrt bedienen sich rechtsradikale Gruppierungen der verwerflichen Instrumentalisierung der Asyl- und Flüchtlingspolitik für die Vermittlung ihrer menschenverachtenden Ideologie. Vor allem nach den Geschehnissen der Silvesternacht treten rechtspopulistische Äußerungen in den Vordergrund der gesellschaftlichen Mitte. Wir lassen nicht zu, dass Gewalttaten ausländischer MitbürgerInnen auf Ethnien übertragen werden: Straftaten werden von Kriminellen und nicht von Ethnien begangen!

Wir werden uns dafür einsetzen, unsere Gesellschaft in dieser Thematik zu sensibilisieren und durch Abendveranstaltungen die Möglichkeit bieten, über Rechtsradikalismus zu diskutieren. Hierbei streben wir stets nach dem Ziel der gesellschaftlichen Courage.

Des Weiteren ist uns die Integration unserer neuen Nachbarn sehr wichtig. Um Missverständnissen vorzubeugen und zu vermeiden, ist es äußerst wichtig, einen interkulturellen Dialog zu fokussieren. Hierbei streben wir die Umsetzung der Kampagne „VIEL- statt Einfach“ an. Durch

ein klares Bekenntnis pro Flüchtlinge zeigen wir, dass in der Region Hannover nur Toleranz akzeptiert wird.

Den Schein brechen: Der AfD und anderen Rechten keinen Platz bieten!

5 Rechtspopulismus hat in unserer Gesellschaft nichts zu suchen. Allerdings gelingt es AfD und Co. zunehmend eine mediale und gesellschaftliche Präsenz aufzubauen. Rechtes Gedankengut scheint eine partielle gesellschaftliche Akzeptanz zu genießen. Wir sagen deshalb „Nein danke!“ und planen als AK Inneres, eine starke Präsenz bei Demonstrationen gegen die AfD, den hannoverschen Pegida-Ableger und weitere rechte Gruppierungen zu zeigen.

10 Wir wollen sowohl regional als auch überregional an Anti-Nazi-Demos, Gegenkundgebungen und Blockaden teilnehmen. So wird unsere Beteiligung an der Gegendemonstration zum Aufmarsch in Bad Nenndorf im Fokus unserer Arbeit stehen.

Arbeitskreis Internationales

„Willkommenskultur leben“

15 Bürgerkriege, Hungersnöte und Naturkatastrophen sind Tragödien, die Menschen dazu zwingen, ihre Wurzeln aufzugeben, ihre Heimat und ihre Familien zu verlassen. Einen kilometerweiten Fußmarsch über die Balkanroute oder über den Seeweg führen die Menschen auf der Suche nach neuen Perspektiven nach Europa. Den vielen freiwilligen HelferInnen in der Gesellschaft stehen viele rechtsradikale Gruppierungen, für die eine „Willkommenskultur“ ein Fremdwort ist, gegenüber. Wir wollen gerade da für mehr Aufmerksamkeit in der Region Hannover sorgen
20 und über die Flüchtlingssituationen sprechen. Wir möchten zeigen, was unsere Region leistet, leisten kann und noch wird. Willkommenskultur nicht nur leben, sondern umsetzen, damit die Menschen hier richtig ankommen. Mit Abendveranstaltungen, Demonstrationen gegen Rechts und Kooperationen mit Flüchtlingsunterkünften möchten wir zeigen, was geleistet werden
25 muss, damit „Willkommenskultur“ gelebt wird.

Interkultureller Dialog

Wir leben in einer multikulturellen und -religiösen Region friedlich und solidarisch als Gesellschaft zusammen. Es muss unser Ziel bleiben, diesen Zustand aufrecht zu erhalten. Deshalb werden wir auch in diesem Jahr den interkulturellen Dialog mit den unterschiedlichen Kultur-
30 und Religionsgemeinden fortsetzen. Im Fokus wird wieder unser Kontakt mit der liberal-jüdischen Gemeinde und der bosnisch-muslimischen, kroatisch-katholischen und serbisch-orthodoxen Gemeinde stehen. Des Weiteren wollen wir unser Netzwerk zu MigrantInnen-Selbstorganisationen aus der Region Hannover ausbauen.

Europa

Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte – diese Werte stellen die Grundpfeiler der europäischen Union dar. Obwohl sie als Wirtschaftsunion gegründet wurde, symbolisiert und verkörpert die EU heute viel mehr. Jeder Mensch, der in der EU lebt, sollte in der Gewissheit leben, dass diese Werte auch für ihn gelten und der Staat sich nach ihnen richtet. Doch insbesondere in letzter Zeit sehen wir diese Grundwerte empfindlich bedroht - sei es durch die staatlich angeordnete Veränderung von Verfassungsorganen oder durch die Zensur der Medien. Wir fordern deshalb, dass jeder Mitgliedsstaat an den Wertekodex erinnert und die Einhaltung dessen garantiert wird. Auch wir selbst möchten uns dafür einsetzen. Denn nur in einer europäischen Union, die sich geschlossen auf ihre Werte besinnt, können wir so freiheitlich und offen miteinander leben.

Bürgerkrieg in Syrien und der Kampf gegen den IS

Eine Statistik des UN-Flüchtlingshilfswerks „UNHCR“ besagt, dass derzeit weltweit 60 Millionen Menschen auf der Flucht sind. Kinder, Frauen, Männer, ganze Familien: Sie fliehen vor Bürgerkriegen, wurden aus ihren Heimatländern vertrieben und suchen nun Schutz und Sicherheit. Die Motivation der Demokratisierung Syriens seitens einiger Splittergruppen scheiterte. Seitdem stehen religiöse und ethnische Motivationsgründe im Vordergrund des Bürgerkriegs. Dieser Krieg forderte bisher 250.000 Menschenleben und hat rund 24 Millionen Syrier zu Flüchtlingen gemacht. Der Vormarsch der seit 2003 aktiven Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) ist hierbei ein sehr großes Problem, dem sich der Arbeitskreis Internationales im kommenden Jahr verstärkt annehmen möchte. Die radikalen Islamisten bedienen sich des Terrors und schwerster Menschenverbrechen, vor denen wir nicht die Augen schließen werden. Der Arbeitskreis plant daher Diskussionsabende, um die aktuellen, internationalen, terroristischen Geschehnisse multiperspektivisch zu beleuchten und für die Lage von Geflüchteten zu sensibilisieren.

Blicke in verschlossene Systeme Iran/Saudi-Arabien

Am Anfang des Jahres wurden 52 Menschen in Saudi-Arabien hingerichtet oder wurden öffentlich ausgepeitscht, weil sie eine andere Meinung als die Regierung vertraten. Für Deutschland ist Saudi-Arabien ein wichtiger Handelspartner. Dies gilt es kritisch zu hinterfragen. Doch wie sieht dieser verschlossene Staat wirklich über unsere mediale Berichterstattung hinaus aus? Neben Saudi-Arabien blühen nun auch wieder neue Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und dem Iran auf. Welche Veränderungen kommen nun auf Europa, Deutschland und Hannover zu? Wir wollen mit Informationsveranstaltungen für Aufklärung sorgen.

Entwicklungshilfe

Trotz oder gerade aufgrund der aktuellen Entwicklungen in Europa möchten wir uns dafür einsetzen, dass die Konflikte, Probleme und Schwierigkeiten in der restlichen Welt nicht in den Hintergrund geraten. Hunger, Armut, mangelhafte gesundheitliche Versorgung, Bildungsungerechtigkeit – für die UN sind und waren es Ziele für das neue Millennium. Was wollen wir also
5 in einem Jahr erreichen? Wir möchten informieren, Missstände aufzeigen und Hilfe mobilisieren. Denn die Verantwortung für die Lösung dieser Probleme liegt nicht bei einigen wenigen. Wir sind davon überzeugt, dass jedeR von uns einen Anteil zur Verbesserung beitragen kann. Im neuen Jahr möchten wir deshalb im Rahmen von interaktiven Veranstaltungen aufzeigen
10 und diskutieren lassen, welche Zusammenhänge zwischen unserem Leben hier und dem Leben anderswo bestehen und dass jedeR mit seinen alltäglichen Entscheidungen Einfluss nimmt. Wir möchten darüber aufklären, wie man wirklich Hilfe leisten kann und zusammen mit euch an innovativen, längerfristigen Lösungen arbeiten. Auch planen wir, durch diverse Veranstaltungen einen Beitrag zu leisten und immer wieder auf die Dringlichkeit von Unterstützung
15 aufmerksam zu machen.

Veranstaltung mit Staatsminister Michael Roth – „Krieg & Frieden“

Nach langem Warten und viel Geduld haben wir nun endlich eine feste Zusage aus dem Auswärtigen Amt erhalten. Staatsminister Michael Roth (MdB) wird am 08. Juli 2016 in die Region Hannover kommen. Anfang letzten Jahres hat das Heidelberger Friedens- und Kriegsforschungsinstitut über 20 laufende Konflikte und Kriege auf unserer Erde registrieren können.
20 Aus diesem Grund wollen wir gemeinsam mit unserem Staatsminister über das Thema „Krieg & Frieden“ diskutieren. Die öffentliche Diskussionsveranstaltung möchten wir in Kooperation mit einem engen Bündnispartner von uns organisieren.

25 **Arbeitskreis Soziales Arbeit Wirtschaft**

Der Arbeitskreis Soziales, Arbeit und Wirtschaft (AK SAW) befasst sich mit drei Kernthemen des Sozialismus. Wir haben im vergangenen Jahr damit begonnen den Arbeitskreis als Plattform nutzen, um über die Bedingungen des realexistierenden Kapitalismus, sowie die Überwindung desselbigen zu debattieren. Hierzu haben verschiedene Mitglieder Inputreferate gehalten, über
30 deren Inhalt dann diskutiert wurde. So sind auch Antragsideen entstanden. Dies wollen wir im folgenden Jahr fortsetzen. Auf den monatlich stattfindenden Treffen wollen wir uns gleichermaßen mit marxistischer Theorie und tagespolitischen Themen auseinandersetzen.

Auch ist es wieder unser Anspruch ein Seminar zu veranstalten, um besonders Neumitgliedern die sozialistische Theorie zu vermitteln. Die Grundlagen der sozialistischen Politik sollen dort vermittelt und debattiert werden.

- 5 Die Inklusion ist uns ein besonders wichtiges Anliegen. Daher wollen wir im kommenden Jahr eine Veranstaltung organisieren, um mit anderen Verbänden über politische Handlungen zu diskutieren, die sie vorantreibt.

10 Im Vorstandsjahr 2016/17 wollen wir uns dem Thema „Inklusion“ im Besonderen widmen. Inklusion heißt für uns, dass Menschen verschieden sind und es Aufgabe der Gesellschaft ist, eine uneingeschränkte Teilhabe zu garantieren. Wir wollen uns in dem Jahr im AK SAW auf unterschiedlicher Weise diesem Schwerpunkt annehmen.

Inklusionstour durch AGen

15 Die Patentlösung für eine inklusive Gesellschaft gibt es nicht. Es kommt bei der Umsetzung immer auf die spezifische Situation vor Ort an. Daher wird der AK in seiner Amtszeit anbieten, durch das Gebiet des Unterbezirks zu reisen und zusammen mit den AGen die Situation zu begutachten und bei Aktionen zu unterstützen.

Veranstaltungen zum Thema Inklusion

20 Einmal im Jahr wird es ein Seminar geben, auf dem sich Genossinnen und Genossen über Inklusion fachlich und praktisch austauschen. Hierdurch wird nicht nur das Thema in den gesamten Unterbezirk getragen, sondern wir als AK setzen uns mit Ernsthaftigkeit, gemischt mit einer Prise Humor, mit Inklusion auseinander.

25 Arbeitskreis Umwelt, VerbraucherInnen- und Tierschutz

30 Der AK Umwelt, VerbraucherInnen- und Tierschutz wird sich im kommenden Jahr mit verschiedenen umweltpolitischen, verbraucherInnen- und tierschutzpolitischen Aspekten befassen. Der Arbeitskreis möchte durch seine Arbeit dazu beitragen, dass unsere Umwelt und unser Planet weiterhin lebenswert bleiben; denn ansonsten rücken andere Ziele wie soziale Gerechtigkeit und Frieden in weite Ferne.

Umwelt

Die Themenschwerpunkte werden in diesem Jahr unter anderem auf die ökosoziale Marktwirtschaft gelegt. Darüber hinaus plant der Arbeitskreis eine Aktion zum Klimagipfel. Wir werden in Bezug auf den Klimawandel die Klimakonferenz 2015 und deren Chancen beleuchten. Vor allem vor dem Kontext immerwährender Flüchtlingsströme sollte das Klima als eine zukünftige Fluchtursache keineswegs außer Acht gelassen werden. Die Energiewende wird den AK weiterhin beschäftigen. Dazu ist ein Gespräch mit den Stadtwerken geplant. Das diesjährige Solarfest werden wir ebenfalls unterstützen.

VerbraucherInnenschutz

Die öffentliche Diskussion zur Videoüberwachung in den Fahrzeugen der Üstra möchte der Arbeitskreis ebenfalls in einem Themenabend behandeln und abschließend Stellung dazu nehmen. Auch rückt der AK den Umgang mit der Datenschutzthematik in den Fokus und möchte hierbei den Konflikt zwischen Freiheit und Sicherheit beleuchten. Die Pläne der EU-Kommission zur Reduzierung des Plastikmülls sollen Thema des kommenden Jahres werden. Der Arbeitskreis plant zu dem Thema eine Abendveranstaltung. Entsprechende Gäste werden auch hier eingeladen. Die Entwicklung der Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA werden wir weiterhin unter verbraucherInnenschutz- und umweltpolitischen Aspekten kritisch mitverfolgen.

Tierschutz

Die artgerechte Tierhaltung soll uns weiter beschäftigen. Nach unserem letztjährigen Besuch auf einem Schlachthof, wollen wir uns mit einer brandenburgischen Initiative befassen, die die gänzliche Abschaffung von Massentierhaltung im Land Brandenburg fordert und über die Sinnhaftigkeit einer solchen Maßnahme diskutieren. Des Weiteren wird sich der AK mit dem Thema Vereinbarkeit von Wirtschaftlichkeit und artgerechter Tierhaltung sowie der Nützlichkeit von Tierversuchen befassen.

25

Antragsbereich: Arbeit, Wirtschaft, Bildung

A1	A1 - Für einen besseren Jugendarbeitsschutz!	
	AntragstellerInnen: Jusos Vahrenwald-List	
	Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz	

Die Jusos Region Hannover fordern, das bestehende Jugendarbeitsschutzgesetz in folgenden Punkten zu ändern:

- 5 1. § 1 JArbSchG ist dahingehend zu ändern, dass der Geltungsbereich bis zum vollendeten 25. Lebensjahr ausgeweitet wird.
 2. Die frühere Bestimmung in § 9 IV JArbSchG, wonach die Regelung zum Berufsschulbesuch auch für über 18- jährige Berufsschulpflichtige Anwendung fanden, ist wieder einzusetzen.
 3. § 10 Abs. 1 Satz 2 JArbSchG ist dahingehend zu ändern, dass ArbeitgeberInnen den Jugendlichen an den zwei Tagen vor der schriftlichen Abschlussprüfung freizustellen haben.
 - 10 4. Die Höchstgrenzen für die Schichtzeit von Jugendlichen sollen verkürzt und die diesbezüglichen Ausnahmen eingeschränkt werden (§ 12 JArbSchG) auf jeweils 8, 6 und 9 Stunden.
 5. An dem einem Berufsschultag unmittelbar vorangehenden Tag dürfen Jugendliche auch nach Absatz 2 Nr. 1 bis 3 nicht nach 18 Uhr beschäftigt werden, wenn der Berufsschulunterricht am Berufsschultag vor 9 Uhr beginnt (§ 14 Abs. 4 JArbSchG).
 - 15 6. § 19 Abs. 2 Satz 1 JArbSchG ist dahingehend zu ändern, dass der Urlaub jährlich 30 Arbeitstage für alle Jugendlichen beträgt.
 7. Jugendliche dürfen nicht beschäftigt werden mit Akkord, in Lohnanreizsystemen oder mit sonstigen Arbeiten, bei denen durch gesteigertes Arbeitstempo ein höheres Entgelt erzielt werden kann (§ 23 Abs. 1 JArbSchG).
 - 20 8. Das Züchtigungsverbot soll durch ein allgemeines Misshandlungs-, Belästigungs- und Diskriminierungsverbot nach den Maßstäben des AGG ersetzt werden (§ 31 JArbSchG).
- Darüber hinaus fordern wir:
9. Regelungen zum Informationsaustausch (Meldepflichten) zwischen Berufsschule, Kammern und Betrieb,
 - 25 10. Aufnahme des Jugendarbeitsschutzes in den Lehrplan Allgemeinbildender Schulen
 11. Fortbildungspflicht zum Erhalt der Auszubildereignung, Sensibilisierung von Eltern, Personensorgeberechtigten sowie der Öffentlichkeit zum Jugendarbeitsschutz.

30 **Begründung:**

Antragsbereich: Arbeit, Wirtschaft, Bildung

- Die Ausbeutung von Jugendlichen wird in unserer Gesellschaft zu wenig problematisiert. Häufig werden Berufe wie Zeitungen austragen oder in der Gastronomie arbeiten als charakterbildende Maßnahme gesehen. Dabei sind diese Berufe häufig von einem erheblichen Ausbeutungspotential geprägt. Wir dürfen nicht zulassen, dass junge Menschen nur wegen ihres Alters von ArbeitgeberInnen potential ausgebeutet werden können.
- 5
- Zu 1: Die Problematiken, die in den Regelungsbereich des Jugendarbeitsschutzgesetz fallen, hören nicht mit dem 18. Geburtstag plötzlich auf. Es muss sichergestellt werden, dass die erwünschte Schutzwirkung des Gesetzes auch alle jungen Menschen betrifft, die davon umfasst werden sollten.
- 10
- Zu 2: Ebenso müssen deshalb auch konkret BerufsschülerInnen von der konkreten Regelung umfasst sein.
- Zu 3: Die schriftliche Abschlussprüfung ist ein zentraler Schritt auf dem Weg von jungen Menschen in das Berufsleben. Die zentrale Wichtigkeit dieser erfordert eine großzügigere Freistellungsregelung durch ArbeitgeberInnen.
- 15
- Zu 4: Die derzeitige unklare Regelung zur Schichtarbeitszeit ermöglicht zum einen eine sehr hohe Schichtstundenarbeitszeit für Jugendliche, gleichzeitig sorgen die Ausnahmen für ein Missbrauchspotential durch ArbeitgeberInnen. Da muss ein Riegel vorgeschoben werden.
- Zu 5: Eine ausreichende Ruhezeit für Jugendliche ist zu gewährleisten. Derzeit ist das nicht ausreichend der Fall.
- 20
- Zu 6: Ebenso ist es erforderlich eine angemessene Urlaubszeitgestaltung gesetzlich zu gewährleisten, um Jugendlichen einen Anspruch auf Urlaubszeit zu ermöglichen.
- Zu 7: Die derzeitige Regelung mit Ausnahmen gem. § 23 II JArbSchG ist zu weit gefasst und unterläuft genau dem Schutzgedanken aus dem Absatz 1 der § 23 JArbSchG, deshalb muss dieser gestrichen werden. Gerade in der Berufsausbildung sollte es nicht erforderlich sein auf eine solche Art und Weise zu arbeiten.
- 25
- Zu 8: Die bestehende Regelung ist zu offen gestaltet und muss dahin gehende geändert werden, dass Jugendliche auch vor anderen Handlungen zu ihrem Nachteil geschützt sind.
- Zu 9, 10 und 11: Eine gute Gesetzeslage ist nicht ausreichend, wenn sie nicht bekannt und angewandt wird. Deshalb ist es erforderlich, dass sichergestellt wird, dass NutznießerInnen auch wissen, wie sie durch das Jugendarbeitsschutzgesetz geschützt werden können.
- 30

A2

A2 - Kündigungsrecht reformieren

AntragstellerInnen: Jusos Südstadt-Bult

Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, das deutsche Kündigungsrecht in Anlehnung an das Niederländische Kündigungsrecht in folgender Weise zu reformieren:

5 1) Die Kündigung des Arbeitgebers aus personenbedingten und betrieblichen Gründen kann nur präventiv mit der Zustimmung einer arbeitsgerichtlichen Instanz bzw. der Agentur für Arbeit wirksam erfolgen.

2) Unberührt davon bleiben die Kündigungsmöglichkeiten der ArbeitnehmerInnen. Diese können das Arbeitsverhältnis jederzeit unter Einhaltung der Kündigungsfristen einseitig beenden.

10 3) Bezüglich der Kündigungsfristen von ArbeitgeberInnen gegenüber ArbeitnehmerInnen fordern wir eine wissenschaftliche Überprüfung der gegenwärtigen Ausgestaltung dahingehend, ob es einer Steigerung dieser bedarf.

Begründung:

Das Niederländische Kündigungsrecht ist in seiner Ausgestaltung ein Besonderes, da es ein in sich geschlossenes System darstellt.

15 Die Beendigung eines Arbeitsvertrages durch den Arbeitgeber kann entweder durch Fristablauf bei einer wirksamen Befristung erfolgen, so dass das Arbeitsverhältnis von Rechts wegen zum vereinbarten Zeitpunkt endet oder durch eine ordentliche Beendigung. Bei letzterem Fall kann aus personellen oder betriebsbedingten Gründen (auch zwischenzeitlich bei einer Befristung) durch den Arbeitgeber nur auf den folgenden zwei Wegen wirksam gekündigt werden. Durch Kündigung mit Genehmigung des Arbeitsamtes oder durch Trennungsbeschluss des Richters.
20 Welches Verfahren stattfindet, wird branchenspezifisch festgelegt.

Das niederländische Kündigungsrecht wird daher auch als „präventiv“ bezeichnet, da eine Kontrolle nicht wie in Deutschland üblich im Nachhinein, sondern vor Ausspruch der Kündigung bzw. Trennung stattfindet. Mit dieser Prüfung vorab soll den ArbeitnehmerInnen ein effektiver Schutz vor willkürlichen Entscheidungen des Arbeitgebers geboten werden.

25 Diese Regelung mit der Erfordernis eine Genehmigung des Arbeitsamtes oder eines Trennungsbeschlusses des Richters gilt für ArbeitnehmerInnen nicht. Diese können unter Beachtung der gesetzlichen Kündigungsfristen jederzeit das Arbeitsverhältnis einseitig beenden.

30 Zusätzlich sind die Kündigungsfristen gestaffelt und zwischen Arbeitgebern und ArbeitnehmerInnen unterschiedlich ausgestaltet. Dabei gilt die Faustregel, dass ArbeitnehmerInnen eine doppelt so lange Kündigungsfrist haben als Arbeitgeber. Auch dies stellt einen zusätzlichen Schutz dieser dar. Inwieweit hierbei eine Übertragung sinnvoll erscheint, muss aber durch eine wissenschaftliche Kommission untersucht werden.

A3

A3 - Paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung

AntragstellerInnen: Jusos Südstadt-Bult

Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich im Zuge gesteigerter Gesundheitsausgaben für eine sofortige Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung stark zu machen.

Begründung:

- 5 Es ist einer der Grundsätze des deutschen Sozialsystems, die paritätische Finanzierung der Sozialversicherungszweige. Umso unsolidarischer ist es, dass im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung der Arbeitnehmerbeitrag in Rahmen gesteigerter Gesundheitsausgaben immer weiter steigt, während der Arbeitgeberbeitrag bei 14,6 % eingefroren bleibt.

- 10 Der über den 14,6 % liegende Zusatzbeitrag der Arbeitnehmer liegt ab 2016 durchschnittlich bei 1,1 % und unterscheidet sich von gesetzlicher Krankenkasse zu Krankenkasse. Die Begründung dieser Maßnahme der unterschiedlichen Finanzierung, die überwiegend auf die Wettbewerbsentfaltung zielt, gerät auch bei denjenigen langsam zur Diskussion, die sie in schwarz-gelben Zeiten eingeführt haben. So fordert auch CDA-Chef Laumann mittlerweile die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung¹. Dieses *window of opportunity* kurzer Einsicht bei Teilen unseres
- 15 Koalitionspartners ist zu nutzen und daher in Rahmen der großen Koalition zeitnah umzusetzen.

¹ <http://www.tagesschau.de/inland/krankenkassenbeitraege-107.html>

A4

A4 - Einführung eines Wahlpflichtkurses (WPK) Gebärdensprache in allgemeinbildenden Schulen

AntragstellerInnen: Jusos Nord-Ost

Wir fordern an den allgemeinbildenden Schulen in Niedersachsen die Einführung eines WPKs „Deutsche Gebärdensprache (DGS)“ zu ermöglichen. Die dazu gegebenenfalls erforderliche Fortbildung von LehrerInnen soll vom Land gefördert werden.

5

Begründung:

DGS ist eine anerkannte Fremdsprache, auf die etwa 6000 Menschen in Niedersachsen angewiesen sind. Im Zuge der Umsetzung der Inklusion ist die Kommunikation der Gehörlosen wichtig. Dieses muss niedrigschwellig, geschehen, also ohne extra DolmetscherInnen,

10 Daher ging Hamburg den ersten Schritt, in dem ab Schuljahr 2016/17 die DGS als WPK eingeführt. Hierdurch gelingt es die Sprache zu verbreiten. Dadurch wird erreicht, dass das Umfeld von Gehörlosen DGS kann und die Kommunikation und auch das soziale Umfeld barrierefrei gestaltet wird.

15

A5

A5 - (Teil-)Übernahme der Kosten von niedersächsischen Lehrkräften bei Klassenfahrten

AntragstellerInnen: Jusos Vahrenwald-List

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz

Die durch mehrtägige Klassenfahrten, den Lehrkräften, entstehenden Kosten sollen von der Landesschulbehörde (NLSchB) grundsätzlich 100% übernommen werden.

Begründung:

5 Schulfahrten sind wichtige Elemente des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schulen. Sie fördern den Gemeinschaftssinn und sollen durch die gemeinsamen Erfahrungen und Erlebnisse das gegenseitige Verständnis zueinander vertiefen. Sie helfen dabei der Schülerinnen und Schülern komplexe Bildungsinhalte möglichst anschaulich nahe zu bringen und so das Verständnis zu fördern. Daher ist es nicht hinnehmbar, dass Schulfahrten in Niedersachsen nur auf der Freiwilligkeit der Lehrkräfte beruhen und nicht vorgeschrieben sind (wie z.B. im Erl. vom 07
10 09.2009 zu Schulwanderungen und Schulfahrten des Landes Hessen), sondern darüber hinaus auch noch von den Lehrkräften selbst bezahlt werden müssen. Schulfahrten als Teil des staatlichen Bildungsauftrages sind daher vom Dienstherrn im o.g. Umfang zu übernehmen.

15 Zur Förderung der europäischen Integration ist die Priorisierung des Schulfahrten in der Sek II ab Klasse 11 zwingend erforderlich um den Schülerinnen und Schülern den Gedanken Europas, gerade in schwierigen Zeiten wie jetzt, zu verdeutlichen. Es ist nicht zielführend grds. darauf abzielen diese Fahrten auf das Bundesgebiet bzw. vorrangig auf Niedersachsen zu beschränken.

Antragsbereich: Europa und Internationales

E1	E1 - Europa muss zusammenwachsen	
	AntragstellerInnen: Jusos Hannover Südwest	
	Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz und Juso-Landeskonferenz	

Die europäische Union verfügt mit dem europäischen Rat, dem Ministerrat, dem europäischen Parlament, der europäischen Kommission und weiteren Institutionen bereits über gesetzgebene Gewalt und eine Vielzahl von Entscheidungsbefugnissen. Dennoch gibt es vor
5 Allem in den Bereichen der Verteidigungs-, Sozial- und Steuerpolitik gravierende Unterschiede in den EU-Ländern, wodurch soziale Ungerechtigkeiten und wirtschaftliche Ineffizienz entsteht. Deshalb fordern wir eine Verringerung der Entscheidungskompetenzen der nationalen
10 Parlamente, sowie die weitere Vereinheitlichung von Steuer-, Sozial- und Verteidigungspolitik, sowie Angleichung von Standards. Dieses muss gleichzeitig mit einer Demokratisierung der EU einhergehen.

Begründung:

Die unterschiedlichen Besteuerungen behindern einen freien Handel und sorgen somit für ungerechtfertigte Vorteile für diverse Ländern. Darüber hinaus führen vor allem die nicht oder
15 geringe Besteuerung von gesundheitsgefährdenden (z.B. Tabak) oder naturgefährdenden (z.B. Öl) Verkaufsgütern in vielen Ländern zu einer nicht akzeptablen Belastung aller EU-Bürger. Transparenz und Zusammenwachsen kann nur dadurch entstehen, wenn in allen EU-Ländern gleiche Anforderungen gestellt werden und zudem auch die Freiheit besteht sich selbst auszu-
20 suchen in welchem EU-Land ich eine Prüfung ablege. Aufgrund des Herkunftslandes darf es nicht zur Ungleichbehandlung bei der Übernahme von gesundheitsfördernden Maßnahmen kommen.

E2

E2 - Antrag für die sofortige Unterbrechung der TTIP- und CETA-Verhandlungen in ihrer jetzigen Form

AntragstellerInnen: Jusos Südstadt-Bult

Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz

Die Jusos Region Hannover fordern hiermit die sofortige Unterbrechung des Prozesses der Einführungen der Freihandelsabkommen zwischen den USA und Europa, genannt TTIP, sowie Kanada und Europa, genannt CETA in Ihrer jetzigen Form.

Zur Wiederaufnahme der Verhandlungen müssen folgende Bedingungen erfüllt sein:

- 5 1. Die Kommission, welche die Verhandlungen führt, hat regelmäßige Sachstandsberichte dem Parlament vorzulegen. Diese Berichte müssen auch der Öffentlichkeit, zwecks Meinungsbildung, zugänglich sein.
2. Wir fordern die Parlamentarier/innen der SPE-Fraktion auf, sich auf Grundlage der o.g. Sachstandsberichte inhaltlich zu positionieren und dabei sozialdemokratische Mindestanforderungen an diese Handelsabkommen zu definieren, ohne die keine Zustimmung erfolgen kann.
- 10 3. Wir fordern die SPE- Fraktion auf, dem Vertragsentwurf nur zuzustimmen, wenn der parlamentarische Entscheidungsfindungsprozess dem umfangreichen und komplexen Vertragswerk zeitlich und inhaltlich gerecht wird.

15 **Begründung:**

Die Idee des freien, friedlichen Handels begleitet die Menschen seit es Nationen und die dazugehörigen Handelsbeschränkungen gibt. Im Zuge der Globalisierung vergrößerten sich die Märkte der Menschen. Das urkapitalistische Prinzip von Angebot und Nachfrage regulierte nun multinationale Märkte, mit allen Vorteilen, aber auch allen Risiken. Zum Schutz der Binnenmärkte wurden mit der Zeit nun keine nationalen, sondern multinationale Zölle erhoben. Die Transatlantic Trade and Investment Partnership (kurz TTIP), sowie das Comprehensive Economic and Trade Agreement (kurz CETA) war der erste und im Grundgedanken richtige Schritt um die westliche Hemisphäre durch Handel zu einen und den weltweit größten Binnenmarkt zu schaffen. Der freie, unbeschränkte Handel zwischen den vorgenannten Märkten könnte massive Vorteile für alle Seiten bergen.

Insgesamt ist also eine Ausweitung des freien Handels also nicht nur tragbar, sondern sogar begrüßenswert. Eine Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass alle Betroffenen am Vertragsfindungsprozess gleichberechtigt beteiligt werden.

Bei TTIP und CETA hingegen wird die Öffentlichkeit vehement aus diesem Prozess ausgeschlossen. Selbst den europäischen Parlamentarier/innen wurde zeitweise der Zugriff auf die Vertragsdokumente vollständig verwehrt. Erst seit kurzem ist die Sichtung für die Abgeordneten unter strengen Reglementierungen gestattet. Die Prüfung der Dokumente darf nur der oder die Abgeordnete/r allein, ohne die Anwesenheit von Berater/innen und Dolmetscher/innen, auf Englisch und nur für eine begrenzte Zeitspanne einsehen. Die Bezeichnung der reglementierten Einsichtnahme als „Schritt in die richtige Richtung“ des SPD-Parlamentarier Dirk Wiese klingt dadurch wie blanker Hohn.

Durch den Ausschluss der Öffentlichkeit haben sich TTIP und CETA für jede, dem demokratischen Grundgedanken folgende, Nation disqualifiziert und sollten von jeder/jedem, die/der an die Sozialdemokratie und ihre Freiheiten und Sicherheiten glaubt, in der aktuellen Form schlicht und ergreifend entschieden abgelehnt werden.

- 5 Nur durch eine demokratische Entscheidungsfindung sollten derartige Verträge in demokratisch organisierten Staaten anerkannt werden. Allein dies sollte eine Möglichkeit sein einen derartigen Dialog zwischen Nationen überhaupt zu starten. Ansonsten wird aus der Utopie, dem Traum des freien Handels zusehends ein Alptraum für alle Beteiligten werden.

Die Jusos Region Hannover beschließen, dass die “Resolution über die Einleitung eines politischen Unabhängigkeitsprozesses“ als nicht rechtstaatlich und verfassungswidrig zu verurteilen ist, die am 09.11.2015 vom katalanischen Parlament beschlossen wurde.

- 5 Am 09.11.2015 hat das katalanische Regionalparlament eine Resolution gefasst, die die Einleitung eines Unabhängigkeitsprozesses innerhalb von 18 Monaten vorsieht. Weiterhin soll nach 30 Tagen eine Gesetzesvorlage eingereicht werden, die bei einer Unabhängigkeit die Übernahme der Sozialversicherung und des katalanisches Haushalts durch die Autonome Region Katalonien regelt.
- 10 Die Berechtigung diesen verfassungswidrigen Prozess einzuleiten entnehmen die beiden Parteien, die diese Resolution unterstützen, JuntspelSi und CUP den Ergebnissen der letzten Wahl, bei der sie 72 der 135 Mandate erlangten. Aufgrund der Aufteilung der Wahlkreise erlangten sie aber nur 47,74 % der tatsächlichen Stimmen. Die restlichen Parteien die gegen die Resolution stimmten erlangten hingegen 63 Mandate bei einem realen Stimmenanteil von 48,11 %. Dieses
- 15 verfassungswidrige Vorgehen des Parlaments wird also nicht einmal durch eine Mehrheit der Bevölkerung unterstützt.

Weiterhin beschließt das katalanische Regionalparlament in dieser Resolution, dass es nicht mehr der Aufsicht spanischer Institutionen, insbesondere dem Verfassungsgericht (“Tribunal Constitucional“), unterworfen ist. Damit verstößt das Parlament nicht nur gegen die geltende

20 spanische Verfassung, sondern auch gegen das demokratische Prinzip der Gewaltenteilung.

Es ist zu bedenken, dass der letzte Vorstoß der katalanischen Regierung am 9. November 2014 ein Referendum über die Unabhängigkeit Kataloniens abzuhalten vom spanischen Verfassungsgericht verboten wurde, da die Kompetenz ein Referendum über die Einheit des spanischen Staatsgebietes anzuberaumen bei der spanischen Zentralregierung liegt. Auch die Reso-

25 lution vom 09.11.2015 wurde vom Verfassungsgericht am 11.11.2015 für unrechtmäßig erklärt.

Vor diesem Hintergrund ist der Beschluss des katalanischen Parlaments zu verurteilen, da er gegen demokratische Grundsätze verstößt und zum Ziel hat, der katalanischen Autonomieregierung und dem katalanischen Parlament mehr Macht zu verschaffen und sie unabhängig von jedweder externen Kontrolle zu machen.

- 30 Gleichzeitig fordern wir, dass sich die spanische Zentralregierung verstärkt für die Aufarbeitung der Verbrechen in der Franco-Diktatur einsetzen muss.

E4

E4 - Antrag zum Aufruf zur Unterzeichnung von ILO 169 durch den Bundestag

AntragstellerInnen: Jusos Wedemark

Über den gesamten Globus verteilt leben ca. 350 Millionen Menschen, die Teil eines indigenen Volkes sind. Sie sind die mitunter kulturell vielfältigste Gruppe der Weltbevölkerung, Zeugen und Träger geschichtsträchtiger Lebensformen rund um die Erde. Allein auf der pazifischen Insel Neuguinea kann man von 1089 unterschiedlichen indigenen Völkern mit jeweils eigener Sprache ausgehen.

Gleichzeitig ist diese so große Gruppe an Menschen, die über 5% der gesamten Weltbevölkerung ausmacht, globaler Diskriminierung in unterschiedlichsten Formen ausgesetzt. Angefangen durch die von Europa ausgehende Kolonialisierung wurden die ursprünglichen Kulturen vertrieben, verbannt, verfolgt und ermordet. Bis heute konnten sich die überlebenden Kultursplitter und Gruppen nicht erholen und leiden nach wie vor unter ihrer Identität, werden von Landstücken vertrieben, im Alltag rassistisch diskriminiert und als Menschen zweiter Klasse behandelt, sowie an Ausübung ihrer Religion und Lebensart gehindert.

Um diesen Umständen entgegenzuwirken, entwarf die UN-Unterorganisation ILO 1989 das Übereinkommen ILO 169, das als einziges Abkommen überhaupt, bis heute, verbindlich die Rechte Indigener sichert und schützt und ihnen Menschenrechte garantiert. Bisher ist das Abkommen allerdings von nur 22 Mitgliedsstaaten der UN unterschrieben, Deutschland gehört nicht dazu. Mit einem entsprechenden Antrag scheiterten SPD und Grüne 2012 im Bundestag. Wir halten diesen Umstand in Anbetracht von internationaler Solidarität und humanitärer Verpflichtung, vor allem aber aufgrund der eigenen Verantwortung für die Lebensumstände der indigenen Bevölkerung der Erde für absolut untragbar. So leiden indigene Gruppen häufig vor allem unter dem Ausbau von Infrastrukturen in ihren heimatlichen Gebieten, welche aus kommerziellen Gründen und des Öfteren mit Beteiligung deutscher Firmen geschehen.

Wir appellieren deshalb für eine Übernahme dieses Antrags in den Bundeskongress, um dort auf Bundesebene einen erneuten Aufruf an den Bundestag zur Unterzeichnung von ILO 169 bewirken zu können.

E5

E5 - Online-Einreiseverfahren für AsylantragsstellerInnen

AntragstellerInnen: Jusos Vahrenwald-List

Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz, SPD-Bezirksparteitag

5 Wir fordern die SPD in der Bundesregierung dazu auf, sich für einen Onlineantrag einzusetzen, welcher es potenziellen Asylantragsstellerinnen und Asylantragsstellern ermöglicht, legal zur Antragsstellung nach Deutschland einzureisen. Dieser muss global und in allen relevanten Sprachen (mindestens deutsch, englisch, arabisch, spanisch, französisch, russisch und chinesisch) verfügbar sein. Zudem müssen für die Bearbeitung und Website-Pflege die benötigten personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Schnellstmöglich sollte dieses Verfahren auf gesamteuropäischer Ebene von der EU-Kommission angeboten werden.

10 **Begründung:**

Die heutigen Fluchtruten führen vor allem zu sozialer und ökonomischer Selektion. Dies bedeutet, dass körperlich schwächere Menschen und Menschengruppen auf der Strecke bleiben. Dasselbe gilt für Menschen, welche Schleuser und Fälscher nicht bezahlen können. So bleiben oft vor allem besonders bedürftige Menschen (z.B. Kinder, Familien und körperlich, sowie geistig beeinträchtigte Menschen) auf der Strecke.

15

E6

E6 - Antrag zur Förderung von Incoming Programmen

AntragstellerInnen: Jusos Wedemark

Immer mehr junge Deutsche entscheiden sich dafür, an einem Freiwilligendienst teilzunehmen. Oft reisen sie dafür ins Ausland und arbeiten dort für verschiedene Kulturträger.

Der Sinn eines Freiwilligendienstes im Ausland sollte aber nicht nur der Transfer der eigenen Kultur in das andere Land sein, sondern ein gleichberechtigter interkultureller Austausch.

- 5 Incoming Programme setzen genau bei dieser Problematik ein: sie ermöglichen Menschen aus dem Ausland einen Freiwilligendienst hier in Deutschland zu leisten.

10 Deshalb fordern wir, dass Incoming Programme eine höhere finanzielle Förderung der Bundesregierung erhalten und dass das administrative Verfahren seitens des Gesetzgebers vereinfacht wird. Insbesondere die Förderung einer besseren akteursübergreifenden Vernetzung und für Visa, Fahrtkosten, pädagogisch begleitete Schulungen und Sprachkurse erscheint uns sinnvoll.

15 Denn gerade in Zeiten wie heute sollte gesellschaftsübergreifendes Lernen und die Entwicklung von interkulturellen und sozialen Kompetenzen nicht vernachlässigt werden. Auch die Begegnung und der Austausch mit Menschen unterschiedlicher Herkunft im unmittelbaren Lebensumfeld kann zu einem weltoffeneren und toleranteren Zusammenleben in Deutschland beitragen.

Antragsbereich: Feminismus

F1	F1 – Wie wir gendern - So sehen wir unseren Feminismus im 21. Jahrhundert!	
	AntragstellerInnen: Arbeitskreis Feminismus	
	Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz	

5 Die Jusos als feministischer Richtungsverband lehnen jede Form der struktureller und gesellschaftlicher Diskriminierung, sexistisches, diskriminierendes Verhalten, gegen Frauen* und LGBTIQ* sowie häusliche, sexuelle und sexualisierte Gewalt ab und werden dieser aktiv entgegengetreten.

10 Bewährte Instrumente dafür in unserem Verband sind beispielsweise die Frauen*quote, Frauen*foren, Geschlechterplena, Awarenesssteams, Feminismusseminare sowie weitere Formen gezielter Frauen*förderung. Wir wollen eine gezielte gesellschaftliche und politische Förderung von Frauen* in allen Bereichen unserer Gesellschaft und begreifen uns in diesem Bestreben als Vorkämpfer*innen.

#Mensch als Individuum

15 Wir stellen fest, dass es eine Benachteiligung in unserer männlich dominierten Gesellschaft gegenüber nicht „typisch männlichen“ Individuen gibt. Dies trifft zum einen Cis-Frauen². Zum anderen sind aber auch alle weiteren Geschlechter, sowie Menschen die nicht heterosexuell sind – oft insgesamt als LGBTIQ* bezeichnet - von gesellschaftlicher Diskriminierung betroffen. Unser Anspruch ist es, sowohl persönliche Diskriminierungen von Individuen als auch strukturelle Diskriminierungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen aufzudecken und zu bekämpfen.

20 Auch in unserem Verband wollen wir diesem Anspruch gerecht werden. Gerade für LGBTIQ* beginnen erste Probleme mit einer oft grundlosen geforderten Einsortierung als Mann oder Frau. Dem wollen wir entgegenwirken, indem das Geschlecht nur bei tatsächlicher Notwendigkeit dieser Information abgefragt wird. Falls es organisatorisch nötig sein sollte, wollen wir eine dritte Kategorie einführen, welche dann von Geschlechtern jenseits von männlich und weiblich ausgewählt werden kann. Auch über unsere Veranstaltungen hinaus setzen wir uns innerhalb unseres Verbandes für eine weitere Sensibilisierung und ein umfassendes Mitdenken des Themas Geschlecht bei unseren Beschlüssen und Aktionen ein. Nur so können wir auch innerhalb

25 unseres Verbandes und gesellschaftlich ein geschlechtergerechteres Miteinander für alle erreichen.

#Patriarchat überwinden

30 Für uns gibt es bei der Überwindung des Patriarchats keinen Widerspruch zwischen gezielter Frauen*förderung und der Anerkennung von mehr als zwei Geschlechtern. Vom Patriarchat werden alle Gruppen, die sich nicht den Cis-Männern zuordnen, unterdrückt und diskriminiert. Wir wollen das Patriarchat überwinden, um dieses strukturelle geschlechtsspezifische Macht-

² (Bei Cis-Menschen stimmt die gesellschaftlich konstruierte Geschlechtsidentität, auch gender genannt, mit dem körperlichen Geschlecht, auch sex genannt, in der Selbstwahrnehmung überein.)

5 gefälle innerhalb unserer Gesellschaft aufzubrechen. Hierbei kämpfen wir mit und für alle Geschlechter. Eine besondere Rolle nehmen hierbei allerdings die Cis-Frauen ein. Auch wenn wir die Überwindung der Geschlechter anstreben, leben wir immer noch in einem patriarchalen System. In diesem System steht der Mann über der Frau*. Die Frauen*förderung nimmt daher eine Schlüsselposition im Kampf gegen das Patriarchat ein. Wer eine menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden. Diesem Grundsatz folgen wir auf unserem Weg zum demokratischen Sozialismus!

#Sprache als politisches Instrument

10 Als politischer Verband ist uns bewusst, dass der Gebrauch von Sprache ein wichtiges Instrument ist. Wie wir sprechen und schreiben, bestimmt in vielen Teilen darüber, welche gesellschaftliche Wirklichkeit wir reproduzieren. Das Auflehnen gegen eine patriarchale Sprache ist somit ein wichtiger Schritt.

15 Wir Jusos Region Hannover werden daher künftig mit dem Sternchen (*) gendern, da wir es als absolut wichtig empfinden, deutlich zu machen, dass wir, wenn wir über Menschen sprechen, wirklich alle Menschen meinen. Das Sternchen macht für uns deutlich, dass es mehr als nur das männliche und weibliche Geschlecht gibt. Wir schaffen einen Raum für alle Menschen, die sich anders definieren oder sich auch gar nicht definieren wollen. Beim Sprechen des Sternchens wird – wie auch bei der Gender Gap oder dem großen Binnen-I - eine Lücke gelassen, somit existiert keine große Hürde dies auch mündlich entsprechend umzusetzen.

20 Auf, auf zum Kampf, liebe Genoss*innen!

F2

F2 - „Wer hat Angst im Dunklen?“ – Angsträumen entgegen-treten

AntragstellerInnen: Jusos Linden-Limmer

Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag

In den letzten Wochen war viel zu lesen über sogenannte Angsträume im öffentlichen Raum. Nach den Vorfällen der Silvesternacht konnte man, neben rassistischer Hetze und Diskussionen über das Versagen der Polizei, viel lesen über die Ängste von Frauen - leider viel zu oft nur um populistische Forderungen zu stützen. Aber Etwas bleibt und war auch lange vor Köln schon so:
5 Insbesondere für Frauen gibt es in unserem öffentlichen Raum Angsträume. Jede dritte Frau wird in ihrem Leben Opfer von Gewalt. Die meisten von ihnen jedoch nicht im öffentlichen Raum von Fremden, sondern durch ihnen nahestehenden Personen in der Familie, in Beziehungen oder anderen sozialen Kontakten. Wir stellen damit aber zu keinem Zeitpunkt in Frage, dass Frauen auch im öffentlichen Raum Opfer von sexueller und sexualisierter Gewalt werden.
10 Dabei muss es auch nicht immer zu körperlicher Gewalt kommen, oft werden Frauen in der Öffentlichkeit, nachts im Club, auf dem Schützenfest, beim Konzert, im Schwimmbad, in Menschenmengen, bedrängt, belästigt oder sexistisch angegangen.

Mit Angsträumen sind zunächst Orte gemeint, an denen Menschen mehr Angst vor Gewalt-
15 übergriffen haben und sich bedrohter fühlen, als an anderen, ohne dass es dafür zwangsweise begründete Voraussetzungen gibt. Meist handelt es sich um nicht sonderlich belebte, stille und häufig dunkle Orte, besonders wenn es dunkel ist, etwa Tiefgaragen, U-Bahnhaltestellen, schlecht einsehbare Ecken, kleine schlecht beleuchtete Straßen oder Parks.

Gesellschaftliche Rollenbilder

20 Frauen werden in unserer Gesellschaft als besonders schwach dargestellt. Darüber hinaus neigt die Gesellschaft dazu, Frauen mit besonderen Verhaltensregeln zu belehren – wie auch die Schwachsinn-Armlänge von Köln gezeigt hat. Hier wird Frauen, die Opfer geworden sind, eine Mitschuld unterstellt. Dazu gehören auch Fragen wie: Sollten Frauen nachts alleine nach Hause gehen, sollten sie Pfefferspray dabei haben, sollten sie sich nicht zu aufreizend kleiden, um
25 keine Vorfälle zu provozieren?

Als feministischer Richtungsverband setzen wir uns kritisch mit solchen Rollenbildern und ihren Folgen auseinander und fordern auch weiterhin solche und viele weitere Stereotype, wie z.B. Mädchen spielen mit Puppen und Jungs mit Autos zu durchbrechen. Dieser Kampf gegen die Stereotypen geht mit unserem ständigen Streben nach der Überwindung des Patriarchats
30 Hand in Hand.

Subjektive Wahrnehmung

Angst ist etwas subjektiv Empfundenes. Sie ist nicht immer rational erklärbar und viel zu oft können wir uns ihr nicht entziehen. Auch und gerade wenn wir feststellen, dass Menschen,
35 vorallem Frauen, sei es aufgrund realer Gefahr oder anerzogener, Angst im öffentlichen Raum

Antragsbereich: Feminismus

haben, müssen wir das Möglichste tun dieser entgegenzutreten. In einigen Bereichen wird dabei in Planungen bereits Rücksicht genommen, sei es etwa durch Frauenparkplätze in Parkhäusern und Tiefgaragen (Nein, wir meinen nicht nur Mutter-Kind-Parkplätze.) oder bei der Beleuchtung von öffentlichen Plätzen und Straßen.

- 5 **Wir fordern die Kommunen dazu auf, bei der Stadtentwicklung die Vermeidung von Angsträumen mitzudenken.** Sei es bei der Vermeidung von engen Gassen oder verwinkelten Plätzen, sowie der Einrichtung von Über- statt Unterführungen um nur einige Beispiele zu nennen, in vielen Bereichen kann bei der baulichen Gestaltung mit geeigneten Maßnahmen Angsträumen entgegengewirkt werden. Diese sollten bei der Bauplanung für Sanierungen und Neubau berücksichtigt und schriftlich in einem Bericht festgehalten werden. Eine ausgeweitete Überwachung von öffentlichen Räumen halten wir ausdrücklich nicht für ein geeignetes Mittel für die Vermeidung von Angsträumen.

Das Heimwegtelefon

- 15 Projekte wie „das Heimwegtelefon“, eine ehrenamtliche Initiative, die von Berlin aus bundesweit anbietet, dass Menschen nachts anrufen können, um auf dem Heimweg nicht allein zu sein. AnruferInnen können ihren Standort und ihre Route mitteilen und so können die ehrenamtlichen TelefonistInnen im Notfall Hilfe alarmieren und schicken. Das Angebot soll sein: Ruf an und fühl dich ein bisschen weniger alleine. Durch das Gespräch sollen AnruferInnen abgelenkt und beruhigt werden. In brenzligen Situationen sollen den Anrufenden außerdem Hilfestellungen gegeben werden, sich selbst zu helfen.

- 25 **Wir fordern: Initiativen wie das Heimwegtelefon sollten unterstützt werden. Außerdem fordern wir die MandatsträgerInnen der SPD Region Hannover dazu auf, sich mit diesem Projekt, mit Angsträumen, mit klischeehaften Rollenbildern und ihren Folgen zu beschäftigen und das Problem aktiv anzugehen.**

Antragsbereich: Kommunalpolitik

K1	K1 - Kommunale Grundversorgung sichern	
	AntragstellerInnen: Jusos Nordstadt	
	Weiterleitung: SPD Unterbezirksparteitag, Juso-Bezirkskonferenz	

Wir Jusos unterstützen eine starke Selbstbestimmung der Kommunen über die Grundversorgung der Gemeinschaft. Ziel muss es sein, den Kommunen das Betreiben von Stadtwerken und die entsprechende Vergabe von Konzessionen zu erleichtern. Daher stellen wir uns entschieden dem Bestreben des Bundeswirtschaftsministeriums entgegen, die Direktvergabe an kommunale Stadtwerke im Energiesektor weiter zu erschweren. Einem Referentenentwurf aus dem Bundeswirtschaftsministerium zufolge sollen Energiekonzessionen verpflichtend auszuschreiben sein. Eine Vergabe an Stadtwerke wäre dann nur noch möglich, wenn sich diese gegenüber den großen Energiekonzernen als wirtschaftlich günstiger erweisen. Demgegenüber sollen kommunale Kriterien nur nachrangig zu betrachten sein.

Die Durchsetzung von politischem Willen fängt in den Kommunen an. Deren Handlungsspielraum in der Grundversorgung ist, auch durch eigenes Verschulden, stark begrenzt. Nachdem Jahre und Jahrzehnte die Maxime, der Markt könne alles besser, gepredigt worden ist, findet dort aber langsam ein Umdenken statt. Mehr und mehr Kommunen sind bestrebt die Angebote der Grundversorgung wie Strom, Wasser und Gas, wieder selbst in die Hand zu nehmen, ein Trend zur Neugründung von Stadtwerken ist seit einigen wenigen Jahren erkennbar. Dies ist jedoch schon auf Grund der bestehenden Regelungen nicht ganz einfach, in der Regel bestehen Verträge mit großen VersorgerInnen, welche Investitionen getätigt haben. Diese Verträge sind in der Regel langfristig angelegt und die Position der Kommunen gegenüber den Konzernen ist eher schlecht. Es kann aber nicht sein, dass die Konzerne sich so langfristige Gewinne sichern, welche die eigenen Investitionen auch Jahre später bei weitem überschreiten. Hier muss politischer Wille zur Gestaltung demonstriert und stärker das Selbstbestimmungsrecht der Kommunen berücksichtigt werden als das Devisenpotential von Aktiengesellschaften. Dazu bedarf es gerade gesetzlicher Neuregelungen, die es den Kommunen ermöglicht möglichst schnell aus den bestehenden Verträgen auszusteigen und Infrastruktur selbst in die Hand zu nehmen.

Wo Kommunen bisher versuchen, die Grundversorgung wieder in die eigene Hand zu nehmen und Konzessionen an Stadtwerke vergeben, müssen sie mit dem Widerstand der EnergieversorgerInnen rechnen, welche bisher ein gutes Geschäft damit machen. Gerade die Möglichkeit der In-House Vergabe ist daher Voraussetzung, um den Städten und Gemeinden die Rekommunalisierung der Energieversorgung zu ermöglichen. Wenn kommunale Eigenbetriebe aber dem Preiswettbewerb mit den Energieriesen ausgesetzt sind ohne Möglichkeit der Kommunen hier weitere Kriterien zur Steuerung anzulegen befördert dies gerade die weitere Abhängigkeit von EnergieversorgerInnen.

Wir fordern daher die Neuregelung der Vergabekriterien zugunsten einer stärkeren Selbstbestimmung der Kommunen und einer vereinfachten Vergabe an kommunale Stadtwerke. Die SPD ist dazu aufgefordert sich auf allen Ebenen gerade für die Schaffung von Stadtwerken und eine größere Autonomie dieser einzusetzen. Der Bestandsschutz von EnergieerzeugerInnen

und anderen VersorgerInnen ist dabei auf den Prüfstand zu stellen und dem Subsidiaritätsprinzips Einhaltung zu gebieten. Eine Verschärfung der Ausschreibungspflicht zugunsten eines stärkeren Wettbewerbs mit den privaten Versorgungsunternehmen lehnen wir entschieden ab.

K2

K2 - FamilienbesucherInnen als Mittel der Chancengleichheit

AntragstellerInnen: Jusos Südstadt-Bult

Weiterleitungen: SPD-Fraktionen der Stadt Hannover sowie der Städte und Gemeinden innerhalb der Region Hannover

Wir fordern Familienunterstützungsangebote dahingehend zu verändern bzw. zu schaffen, dass

1. FamilienbesucherInnen als freiwilliges Angebot bei Familien mit Neugeborenen eingesetzt werden.

2. es ermöglicht wird, die Einwilligung zu einem solchen Familienbesuch beim Ausstellen der Geburtsurkunde zu erklären.

3. die Inanspruchnahme von frühkindlichen Angeboten durch Vergünstigungen anderweitiger entsprechender Angebote prämiert werden.

4. bei Nichtinanspruchnahme des Angebots eine erneute Anfrage 6 Monate nach Geburt des Kindes erfolgt.

5. Die Familienunterstützungsangebote müssen von qualifiziertem Personal durchgeführt werden. Hierfür kommen SozialarbeiterInnen und ErzieherInnen in Frage.

Begründung:

Bei FamilienbesucherInnen handelt es sich um ein freiwilliges Angebot. Sollten sich Familien für den Besuch einer FamilienbesucherIn entscheiden, gibt diese Auskunft über spezielle frühkindliche Programme, die bei Inanspruchnahme prämiert werden. Bei den Bausteinen eines solchen Programms kann es sich um Kurse zur Frühförderung wie bspw. der Besuch einer Krabbelgruppe, Babyschwimmen aber auch um diverse Elternkurse handeln. Dieses Angebot kann in Rahmen einer Zustimmung bei der Ausstellung der Geburtsurkunde beim Standesamt beantragt werden. Hierin sehen wir eine Absetzung der Hürde einer Inanspruchnahme gegenüber dem üblichen Formantrag.

Immer noch nehmen mehr Menschen ohne Migrationshintergrund entsprechende Angebote in Anspruch als Menschen mit Migrationshintergrund. Ein Vorzeigebeispiel für ein entsprechendes kommunales Angebot ist das „Herforder-Projekt“, das alle Eltern mit der Wahrnehmung von diesen Angeboten entlasten und in ihrer Elternrolle bestärken soll. Eine Prämie in Form einer Vergünstigung soll einen zusätzlichen Anreiz bieten. Die Einführung von FamilienbesucherInnen und die Inanspruchnahme von Angeboten für Eltern stellen eine Leistung zur Integration aller Menschen in die Gemeinschaft dar.

K3

K3 - Kitabetreuung flexibler gestalten – Benachteiligungen aufheben!

AntragstellerInnen: Jusos Linden-Limmer

Weiterleitungen: SPD-Ratsfraktionen der Kommunen in der Region Hannover und die SPD-Bundestagsabgeordneten aus der Region Hannover

Eine zuverlässige und sichere Kinderbetreuung ist für berufstätige Eltern essentiell. Sie spielt im Leben junger Paare (und insbesondere nach wie vor im Leben junger Frauen) eine immens wichtige Rolle: Die Realisierung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird immer wichtiger.

5 Die politische Gestaltung der Kinderbetreuung hat deshalb auch direkten Einfluss auf jeden BetroffeneN: auf die Familienplanung an sich, aber auch auf den Wiedereinstieg in den Beruf. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels ist es wichtig, jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, wieder früh in den Beruf einsteigen zu können, wenn sie dies wollen. Obwohl seit 2013 ein Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für Unterdreijährige ab Vollendung des ersten Lebens-

10 jahres besteht und der Ausbau von Kindertagesstätten stetig voranschreitet, gibt es nach wie vor Hindernisse für bestimmte Berufsgruppen und soziale Gruppen, beispielsweise Selbstständige, Menschen in Schichtarbeit und insbesondere Alleinerziehende. Unsere Gesellschaft und unsere jungen Familien brauchen bessere Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

15 Die Jusos Region Hannover fordern daher die SPD-Ratsfraktionen in den Kommunen in der Region Hannover auf, ...

1.) ... den Bedarf für die Gewährleistung von flexibleren Betreuungszeiten in den jeweiligen Kommunen zu prüfen und geeignete Betreuungsangebote mit flexibleren Betreuungszeiten entsprechend zu gewährleisten. Dies gilt insbesondere für mögliche Betreuungszeiten am

20 Wochenende oder nachts. Die Betreuungszeiten müssen sich nach dem tatsächlichen Bedarf der Eltern (v.a. nach deren tatsächlichen Arbeitszeiten) und der Kinder richten und sind den jeweiligen Einrichtungen in einem angemessenen Zeitraum mitzuteilen;

2.) ... eine möglichst frühzeitige Rückmeldung im Hinblick auf eine Zu- oder Absage für einen Kindertagesstätten-Platz zu ermöglichen, um die Planungssicherheit von Familien zu

25 erhöhen;

3.) ... die Schaffung von bedarfsdeckenden kommunalen Angeboten voranzubringen.

4.) ... kurze Entfernungen zur jeweils nächstgelegenen Kindertagesstätten zu ermöglichen, sodass diese zeitnah durch Eltern mit Kindern erreicht werden kann;

5.) ... einen Betreuungsschlüssel in den Kindertagesstätten zu ermöglichen, der eine qualitativ hochwertige Betreuung gewährleistet.

30

Weiterhin fordern die Jusos Region Hannover die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, den zeitlichen Anspruch auf eine Ganztagesbetreuung rechtlich im Kinderförderungsgesetz (KiföG) klarzustellen, sofern die berufliche Tätigkeit der Eltern oder ein anderer angemessener Umstand dies erfordert.

Antragsbereich: Organisation

Begründung:

Erfolgt mündlich.

K4

K4 - Schutzlosigkeit beenden

AntragstellerInnen: Jusos Nordstadt

Weiterleitung: SPD-Stadtverbandsparteitag, SPD-Unterbezirksparteitag, Juso-Bezirkskonferenz und Juso-Landeskonferenz

5 Frauen müssen grundsätzlich vor Gewalt und Übergriffen geschützt werden. Das gilt in besonderem Maße für Frauen und Familien, die bei uns in Form von Asyl Schutz suchen. Um diese wirksam vor Übergriffen zu schützen muss es in jeder Unterkunft von Geflüchteten für Frauen und Kinder einen räumlich getrennten, für Männer nicht ohne weiteres zugänglichen Bereich geben, welcher Privatsphäre und Sicherheit bietet. Das gilt auch für kurzfristig eingerichtete und nur vorübergehende Sammelunterkünfte. Schutz vor Gewalt ist nicht verhandelbar sondern Mindestbedingung jeder menschenwürdigen Unterbringung.

Begründung:

10 Frauen und Familien mit Kindern bilden unter den Menschen, die sich derzeit auf der Flucht befinden und Schutz suchen, eine Minderheit dar. Dadurch geraten auch ihre besonderen Anliegen und Bedürfnisse allzu oft in Vergessenheit. Dabei brauchen gerade Frauen und Kinder, die die Strapazen der Flucht hinter sich haben und oft genug Opfer von Gewalt geworden sind, besonderen Schutz um ihnen das Gefühl von Sicherheit zu vermitteln aber auch sie vor neuerlicher Gewalt und Missbrauch zu schützen. In vielen Erstaufnahmeeinrichtungen und Sammelunterkünften gibt es dagegen keine Rückzugsmöglichkeit für Frauen und Familien die die benötigte Privatsphäre bieten, es gibt keinen gesicherten Raum in dem sie vor neuerlicher Gewalt oder Übergriffen geschützt wären. Türen zu Zimmern sind regelmäßig nicht abschließbar, in Turnhallen werden schlicht Bettenlager errichtet. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Wenn wir
15
20 Geflüchteten Schutz bieten wollen muss dieser schon in der Unterbringung anfangen.

Die häufig erforderliche kurzfristige Unterbringung von Geflüchteten stellt Kommunen, Verwaltung und Ehrenamtliche vor enorme Herausforderungen. Trotzdem dürfen auch hier gewisse elementare Anforderungen nicht missachtet werden. Dazu gehören auch und vor allem Schutzstandards um zu verhindern, dass Menschen noch mehr Leid geschieht und sie erneut
25 Opfer von Gewalt werden oder in Angst leben müssen.

K5

K5 - Mehr Bauland für mehr Wohnraum!

AntragstellerInnen: Jusos Linden-Limmer

Weiterleitungen: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Stadtverbandsparteitag, SPD-Fraktionen im Rat der Stadt Hannover, in den Kommunen der Region Hannover sowie in der Regionsversammlung

5 Bezahlbarer Wohnraum wird in Teilen der Region Hannover und insbesondere im Zentrum Hannovers immer knapper. Dies liegt nur zum Teil an unseren neuen zu uns geflüchteten NachbarInnen und ist schon länger ein Problem und liegt auch am Anstieg von Studierendenzahlen und gesellschaftlichen Veränderungen. Seit langem beklagen junge Menschen und StudienanfängerInnen, dass es zunehmend schwieriger würde, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Auch Menschen mit geringer Rente, LeistungsempfängerInnen, GeringverdienerInnen und Menschen mit schwierigen, etwa durch Sucht geprägte, Biografien haben es schon länger schwer, geeigneten Wohnraum zu finden.

Durch weniger Leerstand und energetisch sanierten Wohnraum steigen auch die Mieten.

10 Nun ist es bereits so, dass insbesondere das Land Niedersachsen bereits ein Wohnraumförderungsprogramm auf den Weg gebracht hat ebenso wie die Kommunen, die bereits versuchen günstigen Wohnraum zu fördern. Zu neuem Wohnraum, der bezahlbar und gut angebunden ist, bedarf es aber auch adäquaten Baulands.

15 Wir wollen damit keinesfalls die Grünflächen der Kommunen zubetonieren oder nur noch Hochhäuser bauen. Es müssen andere Wege gefunden werden um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden.

Wir fordern daher:

Es muss mehr attraktives Bauland ausgeschrieben werden.

20 **Es muss geprüft werden, wo gut angebundene leerstehende Industriefläche - etwa in Gewerbegebieten - umgewidmet werden und als Bauland ausgeschrieben werden kann. (Beispiele dafür wären etwa die Leerstände im Gewerbegebiet zwischen Davenstedter und Badenstedter Straße oder in Vahrenwald in der Stadt Hannover.)**

Es muss bei Ausschreibungen weiterhin darauf geachtet werden, ausreichend sozialen Wohnungsbau bereit zu stellen.

25 **Die SPD hat sich immer für sozialen Wohnungsbau eingesetzt und muss auch in der Baulandpolitik eine VorreiterInnenrolle einnehmen. Neubauten müssen von Vorhinein barrierefrei sein, um der UN BRK gerecht zu werden.**

Einige Kommunen in der Region Hannover haben bereits Baulandoffensiven angeschoben, die SPD muss sich für weitere ähnliche Initiativen stark machen.

30 **Auf eine gute Durchmischung von Ein- und Mehrfamilienhäusern und Geschossbau muss geachtet werden.**

Antragsbereich: Organisation

Mehr attraktives und bezahlbares Bauland in Kombination mit Wohnungsförderprogrammen und der Einbindung von Wohnungsbaugenossenschaften wird auch zu mehr bezahlbarem Wohnraum in den Stadtzentren führen und allen zu Gute kommen.

5

K7

K7 - Antrag zur Prüfung auf Änderung des niedersächsischen Kommunalwahlrechtes in Bezug auf das passive Wahlrecht

AntragstellerInnen: Jusos Wedemark

Wir fordern die Landesregierung dazu auf, das niedersächsische Kommunalwahlrecht zu ändern um das Mindestalter für das passive Wahlrecht auf 16 Jahre herabzusetzen.

Begründung:

5 Das Problem der sinkenden Wahlbeteiligung sowie das zur Findung möglicher KandidatInnen für die Kommunalwahlen sind Probleme, die im gesamten Unterbezirk, ob Umland oder Stadt, bekannt sind. Die Mutterpartei und auch wir JungsozialistInnen haben vermehrt das Problem, die Listen für die Wahl zu füllen.

10 Bei den letzten Kommunalwahlen lag die Wahlbeteiligung in der Region Hannover gerade einmal bei 49,7 Prozent.

Hierbei haben vor allem die JungwählerInnen so wenig Ambitionen, in die Wahlkabinen zu gehen, wie schon lange nicht mehr. Das aktive Wahlrecht für Minderjährige ab 16 wird erschreckend wenig genutzt.

15 Dieser Umstand scheint jedoch keineswegs zu bedeuten, dass die Jugendlichen kein Interesse am politischen Geschehen an sich haben. Es ist stattdessen sogar zu beobachten, dass sich immer mehr Jugendliche für Politik und die Kommunalpolitik interessieren.

20 Wie lässt sich also dieser Widerspruch zwischen geringer politischer Aktivität, jedoch hohem politischen Grundinteresse erklären?

Zunächst einmal mithilfe der häufig geringen Intensität konkreter politischer Bildung in der Schule, erleben doch viele SchülerInnen ihre erste Stunde Politikunterricht in der 8. Klasse. Des Weiteren fühlen sich Jugendliche wohl kaum vertreten von Ortsräten, deren Durchschnittsalter über 50 liegen mag.

25 Diese fehlende Identifikation mit dem politischen System lässt sich lösen, indem man Jugendlichen die Chance gibt, Teil eben jenes Systems zu werden, und nicht nur darüber abzustimmen. Könnte ein 17-Jähriger einen anderen 17-Jährigen wählen, um über die eigene Gemeinde mitzubestimmen, würde das Verbundenheitsgefühl zu kommunalen Strukturen mit Sicherheit enorm gesteigert werden. Die Wahlbeteiligung und politische Aktivität könnten so merklich
30 intensiviert werden.

Antragsbereich: Organisation

01	01 - Abhaltung einer Urwahl für das Amt der*des Parteivorsitzenden	
	AntragstellerInnen: Jusos Südstadt-Bult	
	Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz	

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

Die Jusos fordern die Abhaltung einer Urwahl für die*den neu ernannten Parteivorsitzende*n.

Begründung:

- 5 Ohne Übertreibungen kann man feststellen, dass sich die SPD bundesweit auf dem Rückzug befindet. Laut einer Forsa-Umfrage vom 27.01.2016 kann die SPD aktuell nur noch 24% der Wählerstimmen auf sich vereinigen, während Randparteien, wie die AfD, bereits bei 10% liegen. Eine Reformation der Partei ist daher unabdingbar, um wieder in der Bundesrepublik Fuß zu fassen und verlorenen Boden wieder wett zu machen. Da der fehlende Rückhalt in der Bevölkerung sich vor allem mit der Diskrepanz zwischen ursprünglichen Zielen, dem Credo der Partei und der von der Parteispitze geführten Realpolitik begründen lässt, muss eine Umstrukturierung auf höchster Ebene vorgenommen werden. Andernfalls wird die SPD in der Senke der Historie verschwinden und auch den letzten Rückhalt in der Bevölkerung einbüßen. Eine Neubesetzung der höchsten innerparteilichen und politischen Ämter ist daher von fundamentaler Bedeutung für das Fortbestehen der SPD und ihrer Ziele, wie wir sie kennen. Aus den vorge-
- 10 nannten Gründen fordern die Jusos die Abhaltung einer basisdemokratischen Urwahl für den Posten der/des Parteivorsitzenden im speziellen, ebenfalls aber auch auf lange Sicht für die Parteiführung insgesamt. Weiterhin wird die Einrichtung einer Doppelspitze in der Parteiführung, nach bereits bestehenden und reibungslos funktionierenden Vorbild in Teilen der Jugendorganisation der SPD, gefordert. Die Besetzung des neuen Parteivorsitzes sollte, ebenfalls nach Vorbild der Doppelspitze der Jungsozialisten des Unterbezirks Region Hannover, paritätisch jeweils von einer Frau und einem Mann besetzt werden, um auch auf höchster Ebene den Gedanken der Gleichstellung zu fördern.
- 15
- 20

03

03 - Ortsvereine stärken – für dauerhafte Basisbeteiligung!

AntragstellerInnen: Jusos Laatzen

Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

Die Jusos Region Hannover fordern den Aufbau eines Online-Antragssystems, das es den SPD-Ortsvereinen ermöglicht, politische Entscheidungen der SPD auf höheren Ebenen öffentlichkeitswirksam zu beeinflussen.

- 5 Dazu soll eine öffentlich einsehbare Internetseite entworfen werden, auf der die Ortsvereine nach eigenem Ermessen beschlossene Anträge veröffentlichen können. Diese Anträge können anschließend von anderen Ortsvereinen ebenfalls beschlossen werden, sodass ein demokratisches Meinungsbild der SPD-Basis in ganz Deutschland entsteht.

- 10 Auf diese Art und Weise nehmen die Ortsvereine aktiv, dauerhaft und basisdemokratisch an der politischen Willensbildung der Partei teil und haben die reelle Möglichkeit, die politischen Entscheidungen der Partei auf höheren Ebenen öffentlichkeitswirksam zu beeinflussen.

Begründung:

- 15 **Das Online-Antragssystem verbessert die Transparenz über politische Entscheidungen!** Politische Diskussionen würden dezentral und parteiöffentlich auf der Ortsvereinsebene geführt werden. Die Art und Weise, wie die politische Entscheidung im Ortsverein zustande gekommen ist, wäre so für jedes Mitglied erheblich transparenter. Zudem gäbe es durch das Online-Antragssystem für jeden Ortsverein, für jedes Mitglied eine zentrale und einfache Möglichkeit, auf die Anträge der anderen Ortsvereine zuzugreifen und Synergieeffekte zu erzeugen.

- 20 **Das Online-Antragssystem schafft Legitimität für politische Entscheidungen!** Bei strittigen Themen wie zum Beispiel aktuell der Krisenpolitik um Griechenland, den Freihandelsabkommen TTIP, CETA oder TISA oder der Vorratsdatenspeicherung gäbe es mit dem Online-Antragssystem ein demokratisches Meinungsbild der SPD-Basis in ganz Deutschland. **Die SPD-Parteispitze würde ihre Politik an der Mehrheit ihrer Mitglieder ausrichten und könnte mit der**
- 25 **Rückendeckung der SPD-Basis politisch legitimiert und gestärkt politische Verhandlungen führen!**

- 30 **Das Online-Antragssystem macht die SPD attraktiv für neue Mitglieder!** Die SPD hat seit 1998 knapp 40 Prozent ihrer Mitglieder verloren. Waren noch 1998 über 775 000 Menschen in der SPD, waren es Anfang 2015 nur noch knapp 460 000 Mitglieder.^{3,4} Auch die Altersstruktur der SPD ist alarmierend: 80 Prozent der Mitglieder sind über 45 Jahre alt, 40 Prozent der Mitglieder

³ vgl. statista.com: Anzahl der Parteimitglieder der SPD von 1990 bis 2013:

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/1214/umfrage/mitgliederentwicklung-der-spd-seit-1978/>

⁴ vgl. Neuber, Harald: Deutlicher Mitgliederschwund bei der SPD:

<http://www.heise.de/tp/news/Deutlicher-Mitgliederschwund-bei-der-SPD-2557968.html>

der SPD sind über 65 Jahre alt.⁵ Um ehemalige Mitglieder zurückzugewinnen und neue junge Menschen für die SPD zu begeistern, muss die SPD neue Wege der politischen Mitbestimmung gehen. **Die SPD muss ihren Mitgliedern die reelle Chance eröffnen, politische Entscheidungen auch auf höheren Ebenen beeinflussen zu können!**

5 **Das Online-Antragssystem ist ein Gewinn für die Demokratie in Deutschland!** Die Ortsvereine der SPD würden zu gelebten Orten der Demokratie werden. Orte, an denen inhaltlich über Politik, über die Art und Weise, wie wir in unserer Gesellschaft zusammenleben wollen, diskutiert wird. **Menschen hätten wieder das Gefühl, am politischen Entscheidungsprozess teilzunehmen und etwas durch das eigene Engagement positiv verändern zu können!**

10 **Transparenz. Legitimität. Neue Mitglieder. Gelebte Demokratie!**

Ortsvereine stärken - für dauerhafte Basisbeteiligung!

⁵ vgl. Klaassen, Ingolf: Der größte Unterbezirk der SPD (Power Point Präsentation), SPD-Parteivorstand, Abteilung I, Referat Freiwilligenarbeit (März/April 2015).

Antragsbereich: Sonstiges

S1	S1 - „Politik geht jedeN etwas an!“ - Pimp My Participation	
	AntragstellerInnen: Jusos Laatzen	
	Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz	

5 Die Jusos Region Hannover fordern dazu auf, dass sich das Niedersächsische Bildungsministerium für eine Steigerung der Attraktivität der sozialen und politischen Teilhabe im Land Niedersachsen für alle jungen Menschen - unabhängig von der Einkommens- und Bildungssituation in ihren Familien - einsetzt.

Dazu sollen folgende Punkte in Betracht gezogen werden:

1. Förderung engagierter junger Menschen, sowie die stärkere Förderung von Angeboten zur politischen Bildung, z. B. durch Übernahme der entstehenden Kosten.
- 10 2. Einrichtung einer spezialisierten Vermittlungsbörse für Praktika im gesellschaftlichen und politischen Bereich, z. B. in NGOs und Gewerkschaften.
3. Organisation international ausgelegter Projekte zur politischen Teilhabe, z. B. landesweite politische Planspiele zur Simulation der Vereinten Nationen etc. in Niedersachsen.

15 **Begründung:**

Da der Erfahrungswert sowie der persönliche als auch moralische Zugewinn politischen und gesellschaftlichen Engagements enorm ist, bedarf es eines gesteigerten Einsatzes der Bildungspolitik in Niedersachsen, um die Beliebtheit der gesellschaftlichen Teilhabe zu gewährleisten und die Motivation der jungen Menschen zu entfachen.

20 Durch die Erleichterung zur Teilhabe an bestehenden Angeboten und die Schaffung neuer Partizipationsmöglichkeiten (siehe 2.,3.) soll das politische Interesse geweckt werden und zur Bildung und Festigung eines freiheitlich demokratischen Wertebewusstseins beitragen. Denn nur wer einen Einblick in die Vorgänge und Arbeitsweisen der Demokratie hat, kann Vorurteile und radikale Ansichten vorbeugen.

25 Wesentlich soll hierbei die gezielte Förderung junger Menschen aus einkommensschwachen und bildungsfernen Familien sein, die den Willen haben, unsere demokratische Grundordnung mit allen Möglichkeiten der politischen Partizipation zu bekräftigen und in die Gesellschaft zu

transportieren. Dadurch soll der zunehmenden sozialen Selektivität in der politischen Partizipation⁶ entgegengetreten werden.

5 Weiterhin ermöglicht die Auslegung der politischen Teilhabe auf internationale Themen und das Engagement von jungen Menschen aus ganz Deutschland und Europa (siehe 3.) die Etablierung Niedersachsens als Bundesland der politischen Bildung und gesellschaftlichen Teilhabe.

⁶ Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland von Sebastian Bödeker:
http://www.soziokultur.de/bsz/sites/default/files/file/2012_02_07_Boedeker_AP_01.pdf (abgerufen am 10.01.2016) Seite 26/ 27

S2

**S2 - Demokratie darf nicht nur theoretisch existieren –
Rechtspopulismus mit logischen Argumenten entgegen-
treten**

AntragstellerInnen: Jusos Vahrenwald-List

Weiterleitungen: Juso-Landeskonferenz

Die Jusos Region Hannover fordern, dass die SPD keinesfalls eine öffentliche Debatte mit der AfD scheuen sollte. Viel eher muss eine solche Chance genutzt werden, den rechtsradikalen bzw. rechtspopulistischen Argumenten und Standpunkten dieser Partei den Nährboden zu entziehen und ihnen somit entschieden entgegenzutreten.

5

Begründung:

Im Vorfeld des Rededuells am 20. Januar zu den Baden-Württembergischen Landtagswahlen, gab der Intendant des SWR die Entscheidung bekannt, dass man nur die bereits im Landtag vertreten Parteien (CDU, Grüne, SPD, FDP) zum Rededuell einladen würde. Die rechtsradikale Partei AfD werde man nicht einladen. Man begründete diese Entscheidung mit der Weigerung, dass die SPD und Grünen ankündigten, ein Duell an dem die AfD teilnehme, zu boykottieren. Es ist allerdings anzuzweifeln, ob diese Taktik im Umgang mit der AfD, die leider auf Landesebene, aber auch im Bunde gute Umfragewerte vorweisen kann, sinnvoll ist. Kann man einfach ignorieren, dass sich erschreckend große Teile der Bevölkerung diesen Ideen und somit dieser Partei zuwendet. Die SPD muss viel eher alles daran setzen die Argumente und Theorien dieser Partei bekämpfen und ihr somit ihren Nährboden zu entziehen. Ignoriert man sie allerdings, wie es in Baden-Württemberg geschehen ist, so riskiert man dass sich die AfD als Märtyrerin in der deutschen Politik darstellen kann und davon profitiert. Die SPD darf sich nicht fürchten mit sinnvollen und logischen Argumenten der rechtsradikalen Hetzrede entgegenzutreten. Die SPD muss weiterhin und insbesondere jetzt das Bollwerk der Demokratie in Deutschland bleiben.

20

S6

S6 - Englische Beschilderung in öffentlichen Räumen

AntragstellerInnen: Jusos Vahrenwald-List

Als Mitgliedsstaat der Europäischen Union und in Anbetracht der Globalisierung ist es sinnvoll Mehrsprachigkeit in Deutschland zu fördern. Fremdsprachenkenntnisse und insbesondere die Kenntnis der englischen Sprache sind in der heutigen Welt von enormer Wichtigkeit.

5 Daher fordern wir eine stärkere Förderung des Erlernens der englischen Sprache in Kindergärten, Schulen sowie im Berufsleben. Auch im Alltag streben wir eine stärkere Präsenz der englischen Sprache an. So sollen sich alle SPD-Ebenen für englische Beschilderung in öffentlichen Räumen einsetzen, in Städten mit über 100.000 Einwohnern bis 2017 und andernorts bis 2020. Dies gilt vor allem für öffentliche Infrastrukturen wie Schulen, Universitäten, öffentlicher
10 Nahverkehr, medizinische und kulturelle Einrichtungen, sowie andere öffentliche Einrichtungen.

Des Weiteren fordern wir einen Rechtsanspruch auf alle öffentlichen Dokumente in englischer Sprache, wobei geprüft werden soll, ob eine Ausweitung auf andere Sprachen sinnvoll ist. Wir fordern auch, dass die Weiterbildung von ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Dienst insbesondere auch die Erweiterung der Englischkenntnisse beinhalten muss. Dies stellt vor allem für
15 Menschen mit einer anderen Muttersprache als der Deutschen eine erhebliche Erleichterung bei Behördengängen dar.

Wir wollen mit der Erweiterung des Sprachangebots im öffentlichen Raum ein klares Zeichen für ein weltoffenes Deutschland und Europa setzen, Grundsteine für eine gemeinsame europäische Amtssprache legen und zur Überwindung nationalstaatlicher Denkweisen beitragen.
20

Begründung:

Die Einführung mehrsprachiger öffentliche Einrichtungen in Deutschland wäre ein starkes internationalistisches Signal. Dies würde allen anderen Staaten auch zeigen, dass die auf deutschem Staatsgebiet lebenden Menschen weltoffen sind, sowie die internationale Integration und Völkerverständigung mit allen Mitteln aktiv unterstützen. Dies sendet somit automatisch auch ein pro europäisches und antinationalistisches Signal aus. Zudem stärkt eine international angepasste Infrastruktur den Wirtschaftsstandort Deutschland.
25

30

Antragsbereich: Umwelt und VerbraucherInnenschutz

U2	U2 - Besteuerung von Plastiktüten	
	AntragstellerInnen: AK Umwelt, VerbraucherInnen-schutz und Netzpolitik	
	Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz	

5 Wir fordern eine Besteuerung von Plastiktüten in der Höhe von 30 Cent pro Tüte. Ziel soll es dabei sein Plastikmüll langfristig zu reduzieren. Ausgenommen aus der Regelung sind Plastiktüten aus recycelten Materialien.

Begründung:

10 Seit 2015 ist in den Ländern der Europäischen Union die Besteuerung und sogar das Verbot von Plastiktüten erlaubt. Länder wie beispielsweise Irland sind mit einer Besteuerung von 60 Cent pro Tüte Vorreiter in diesem Gebiet.

15 Dieser Antrag soll unter anderem einen Beitrag dazu leisten die Weltmeere und ihre Meeresbiologie zu schützen. Alternativen wie Leinentüten oder recycelte Tüten werden durch die Angleichung des Verkaufspreises attraktiver. Insgesamt soll ein Umdenken in der Bevölkerung bewirkt werden.

U3

U3 – Dienstwagen sinnvoll besteuern – Klimaschutz von allen einfordern

AntragstellerInnen: Jusos Vahrenwald-List

Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz

Die Jusos Region Hannover fordern eine CO2-basierte Dienstwagenbesteuerung gezielt den Erwerb sparsamer Pkw zu fördern. Dieses kann an das britische Modell zur Dienstwagenbesteuerung angelehnt sein.

5 **Begründung:**

Fast drei Millionen Fahrzeuge wurden im Jahr 2015 in Deutschland neu zugelassen, rund 60 Prozent davon von gewerblichen Haltern. Größte Gruppe innerhalb der gewerblichen Halter sind Firmenfuhrparks. Zahlreichen Angestellten wird ein Firmen- bzw. Dienstwagen als Gehaltsbestandteil oder Motivationsinstrument zur Verfügung gestellt. Den geldwerten Vorteil müssen sie versteuern. Die aktuelle Regelung zur Dienstwagenbesteuerung in Deutschland bietet starke finanzielle Anreize, hochmotorisierte Modelle als Dienstwagen zu nutzen. Solche Fahrzeuge verbrauchen überdurchschnittlich viel Kraftstoff und stoßen entsprechend große Mengen an Treibhausgasen aus. Daneben entgehen dem Staat durch diese Regelung laut einer aktuellen Studie im Auftrag des Bundesumweltministeriums jährlich bis zu 4,6 Milliarden Euro an Lohnsteuer und Sozialbeiträgen.

Die Haltedauer von Dienstwagen in einem Unternehmen liegt durchschnittlich bei drei bis vier Jahren, anschließend werden die Fahrzeuge auf dem Gebrauchtwagenmarkt weiterverkauft. Da die durchschnittliche Nutzungsdauer eines Pkw etwa zwölf Jahre beträgt, bestimmen die hochmotorisierten Dienstwagen das Gebrauchtwagenangebot über einen langen Zeitraum. Daher ist es besonders wichtig, schon beim ersten Eingang der Fahrzeuge in den Markt steuernd einzugreifen und sparsame Pkw zu fördern.

Der britische Staat steuert die Dienstwagenpolitik der Unternehmen über die Nachfrage der Angestellten. Die Zielgruppe dieses Ansatzes sind also Angestellte und Selbständige, die einen Dienstwagen nutzen. Das Prinzip: je geringer der CO2-Ausstoß des Dienstwagens, desto geringer die Steuern für den Autonutzer. Dadurch hat sich in Großbritannien die Nachfrage nach sparsameren Fahrzeugen deutlich erhöht und der CO2-Ausstoß der britischen Dienstwagenflotte verringert. Auch auf dem Gebrauchtwagenmarkt nahm die Nachfrage nach spritsparenden Modellen zu.

Eine CO2-basierte Dienstwagensteuer rechnet sich für Unternehmen und Angestellte gleichermaßen: neben dem geringeren Steuerbetrag profitieren sie von niedrigeren Spritkosten - außerdem werden so auch oftmals teurere Hybrid- oder Erdgasfahrzeuge attraktiv.

U4

U4 – VerbraucherInnen-Schutz stärken – Schriftliche Benachrichtigung vor Ablauf von Kündigungsfristen

AntragstellerInnen: Jusos Südstadt-Bult

Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz

Die Jusos Region Hannover fordern die SPD-Bundestagsfraktion sowie die SPE-Fraktion des EU-Parlaments auf, nachfolgende gesetzliche Regelungen zu erlassen.

5 Es ist durch deutsches oder durch europäisches Recht sicherzustellen, dass bei bestimmten befristeten Dauerschuldverhältnissen, die zwischen UnternehmerInnen und VerbraucherInnen geschlossen worden, der/die VerbraucherIn bis spätestens 4 Wochen vor Ablauf der vereinbarten Kündigungsfrist durch den/die UnternehmerIn schriftlich benachrichtigt wird.

Die Benachrichtigung hat mindestens folgende Punkte zu umfassen:

- eine Erinnerung an das Ablaufdatum der Kündigungsfrist
- etwaige Formerfordernisse und den/die AdressatIn der Kündigungsnachricht
- 10 -eine Darstellung der Rechtsfolgen, sofern keine fristgerechte Kündigung erfolgt (z.B. Aufklärung über eine automatische Vertragsverlängerung oder die Folgekonditionen)

15 Diese Vorschrift ist zumindest auf die folgenden Bereiche anzuwenden: Internet- und Telekommunikation, Energieversorgung, Versicherung sowie Abonnement-Verträge. Zusätzlich ist zu prüfen, ob eine Ausweitung auf weitere Bereiche zum Schutz der VerbraucherInnen geboten erscheint.

Begründung

20 Wahrscheinlich hat jeder und jede von uns bereits einmal im Leben eine Kündigungsfrist versäumt, sei es beim Handyvertrag, dem vergünstigten Zeitungsabo zum Studententarif oder dem Jahresvertrag beim Stromanbieter. Die Gründe dafür sind vielfältig, meist geht so etwas einfach im Alltag unter, da es bei der Vielzahl verschiedener Fristen schwierig ist, den Überblick zu behalten. Gleichzeitig findet sich quasi ständig Werbepost im Briefkasten, die jedoch oftmals nicht den Hinweis auf die auslaufende Kündigungsfrist enthält – gerade dann, wenn sich die Konditionen im automatischen Folgevertrag aus VerbraucherInnen-Sicht verschlechtern.

25 Daher erscheint es nur allzu naheliegend, die Unternehmen gesetzlich dazu zu verpflichten, die VerbraucherInnen an die Kündigungsfrist zu erinnern, damit sie zu Verträgen mit verbesserten Konditionen wechseln können.

Wir fordern,

1. das sofortige Verbot sämtlicher von bedrohten Hai-Arten stammender Produkte.
2. das Verbot aller gewaltsam gewonnenen Hai-Produkte, bis garantiert werden kann, dass keine betreffenden Hai-Arten oder Hai-Bestände bedroht werden.
- 5 3. ein EU-weites Verbot des Imports von durch Finning gewonnenen Haiprodukten.
4. ein Verbot für Europäische FischerInnen Haiprodukte in Nicht-EU Ländern anzulanden.
5. Schutzzonen für Haie innerhalb der EU basierend auf wissenschaftlichen Grundlagen.
6. ein Fangverbot von in Nord- und Ostsee lebenden Hai-Arten, die vom Aussterben bedroht sind.
- 10 7. regelmäßige Kontrollen der Haibestände in Nord- und Ostsee.
8. bei Schwund einer Art zügige Einrichtung von Fangverboten.
9. den verstärkten Einsatz Deutschlands zum internationalen Schutz der Haie und zur ökologisch-wirtschaftlichen, nachhaltigen und verträglichen Veränderung der industriellen Hai-Fischerei.
- 15 10. eine Prüfung, ob noch weitere Hai-Arten in das Washingtoner Artenschutzübereinkommen einzufügen sind.

Begründung:

- Haie gehören zu den ältesten Lebewesen der Erde. Seit 450 Millionen Jahren tragen diese Tiere ihren essentiellen Anteil dazu bei, das Ökosystem der Meere im Gleichgewicht zu halten. Nahezu überall im Meer bildet er das oberste Glied der Nahrungskette und reguliert somit sämtliche Fischbestände. Durch das Fressen von kranken Fischen hält der Hai Fischbestände gesund und verhindert „Krankheitswellen“ in den Meeren, welche auch aus wirtschaftlicher Sicht verheerend wären. Haie spielen ebenfalls eine wichtige Rolle für den Erhalt von Korallenriffen und Seegrasfeldern. Werden Hai-Arten ausgerottet, führt dies zum Zusammenbruch des Ökosystems. Aktuell werden Schätzungen zufolge 100 Millionen Haie jährlich umgebracht. Dies ist insbesondere deshalb fatal, weil Haie sich nur sehr langsam vermehren. Sie werden spät geschlechtsreif und haben vergleichsweise nur wenige Nachkommen. Wird jetzt nicht gehandelt, dann wird ein Großteil der Hai-Arten schon in 10 Jahren ausgestorben sein. Dies hätte katastrophale Auswirkungen auf das Meer. Nicht nur in Asien und vor den Küsten Amerikas muss

nach den Schuldigen gesucht werden. Auch die Fischereiindustrie der EU landet jährlich über 100.000 Tonnen Knorpelfisch aus aller Welt an. Darunter befindet sich viel Blauhai, welcher bereits auf der Roten Liste steht. Ebenso wie der in Deutschland beliebte Dornhai, aus dessen Bauchlappen Schillerlocken hergestellt werden. Nicht nur, dass zu viele Haie getötet werden ist ein Problem, sondern auch die Art der Tötung. Beim so genannten Finning werden dem Tier sämtliche Flossen abgeschnitten (da diese am meisten Geld bringen), ohne welche es absolut hilflos ist. Anschließend wird es lebendig wieder zurück ins Wasser geworfen. Dort sinkt es auf den Meeresboden und stirbt auf grausame Art und Weise. Ebenfalls problematisch ist der Einsatz von Treib- und Hainetzen. In den kilometerlangen Netzen verenden sämtliche größere Meeresbewohner qualvoll. Haiprodukte sind nicht nur in Schüsseln und auf Tellern zu finden. Der Knorpel ihrer Flossen steckt ebenfalls in Medizin- und Kosmetikprodukten. Medizinisch haben Haiprodukte jedoch nachgewiesener Weise keinerlei Wirkung. Im Gegenteil: Haie sind stark mit Methylquecksilber belastet; einem hoch toxischem Stoff. Er kann bei Menschen Mutationen, Lähmungserscheinungen, sowie Sprachstörungen hervorrufen. Bei Kindern und Ungeborenen können neben körperlichen Behinderungen durch Zuführung von Methylquecksilber sogar irreparable, geistige Entwicklungsschäden auftreten. Außerdem wird der Stoff von der IARC (INTERNATIONAL AGENCY FOR RESEARCH ON CANCER) der Weltgesundheitsbehörde (WHO), als mögliche Ursache für Krebs beim Menschen klassifiziert. Seit 2000 liegt das international anerkannte wöchentliche Aufnahmelimit, das von der EPA (Environmental Protection Agency) bzw. dem NRC (National Research Council / USA) empfohlen wird bei 0,7 µg Quecksilber pro kg Körpergewicht. Eine Ende Mai 2005, von SHARKPROJECT in Auftrag gegebene Untersuchung, von drei verschiedenen im deutschen Markt erhältlichen Haiprodukten ergab verheerende Ergebnisse. Blauhaisteak, Seeaal und Schillerlocken wurden vom Institut für anorganische und analytische Chemie der Johannes Gutenberg Universität Mainz untersucht. Die Steaks von Blauhaien enthielten 1400 µg/kg ($-\pm 0,13$) Methylquecksilber, Seeaal 830 µg/kg ($-\pm 0,02$) und Schillerlocke 550 µg/kg ($-\pm 0,01$).[5]

